

Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

Innsbruck, 29.03.22

Offener Brief zum Impfwang

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der **aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft** sowie an die Anfrage vom **17.12.21 und 20.12.21 u. weitere über vorherrschende staatliche Missstände**, die noch alle unbeantwortet sind. Haben Sie veranlasst, dass das HNaA die Tätigkeiten auf der Abhörstation Königswarte für den aktiven Kriegersakteur die CIA einstellt und sich nicht mehr aktiv am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligt? Wenn nicht, sind Sie rücktrittsreif und ein Fall für das Gericht.

Eine faschistoide, totalitäre u. autoritäre Regierung sowie Zwang & Strafandrohung haben in Österreich nichts verloren. Raus aus dem Hohen Haus!

KRITISCHE FRAGEN ZU LAGE UNSERER TAGE SOWIE EINIGE BUCHBEWERBUNGEN

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/WiCd5PeGrgUJ/>



MONITORSENDUNG VOM NOV. 2020 - DAS NETZWERK VON JOE BIDEN, DER IMMER FÜR US-KRIEGE WAR

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/NSzQ34nXvcpw/>



4 der letzten 7 ÖVP-Finanzminister sind Beschuldigte

Das passiert, wenn die ÖVP aufs Geld aufpasst: Mittlerweile stehen 4 der letzten 7 ÖVP-Finanzminister auf der Beschuldigten-Liste der Staatsanwaltschaft. Nach Josef Pröll, Hartwig Löger und Gernot Blümel wird jetzt auch noch gegen Hans Jörg Schelling ermittelt.

NZ



Wissenschaft

Dr. Peter McCullough über falsche Behauptungen zu Corona, Covid und der Pandemie

29. März 2022 von [Dr. Peter F. Mayer](#) 1 Minuten Lesezeit

Seit zwei Jahren werden Unwahrheiten über Corona, Covid und die Pandemie verbreitet. Im Grunde genommen sind es nur einige wenige Lügen, die das Fundament für den Rest bilden. An einigen davon waren maßgeblich Deutsche beteiligt – die Bezeichnung Wissenschaftler versagt sich von selbst.

Der US-Wissenschaftler, Arzt und Kardiologe Dr. Peter McCullough, der einige der meistzitierten wissenschaftlichen Arbeiten dazu verfasst hat, bringt es im Video unten auf den Punkt:

Dr. Peter McCulloughs 5 wichtige Punkte zu Corona, Covid und Impfung:

1. a.) **Es verbreitet sich über die Luft** (daher ist es sinnlos, Oberflächen zu sterilisieren)
b.) Ausbreitung geschieht von einer kranken Person auf eine anfällige Person (asymptomatische Ausbreitung ist vernachlässigbar)
2. **Keine wissenschaftliche Unterstützung für asymptomatische Tests** (falsch-positive Ergebnisse)
3. **Die natürliche Immunität ist robust und schützend**

4. Das Virus war immer behandelbar (95% der Leben hätten gerettet werden können)
5. Die Impfstoffe sind nicht ausreichend sicher oder wirksam

„Das weltweite Massenimpfprogramm hat versagt. Tatsächlich hat es die Situation verschlimmert.“













[Dr. Peter McCullough über die Omicron Variante und Prophylaxe](#)

[Kardiologe Dr. Peter McCullough: Covid-Impfung als Form von „Bioterrorismus“ mit pathogenem Spike-Protein](#)

[Professor Peter McCullough über Behandlung von Covid und Impfungen](#)

Elfie Greiter

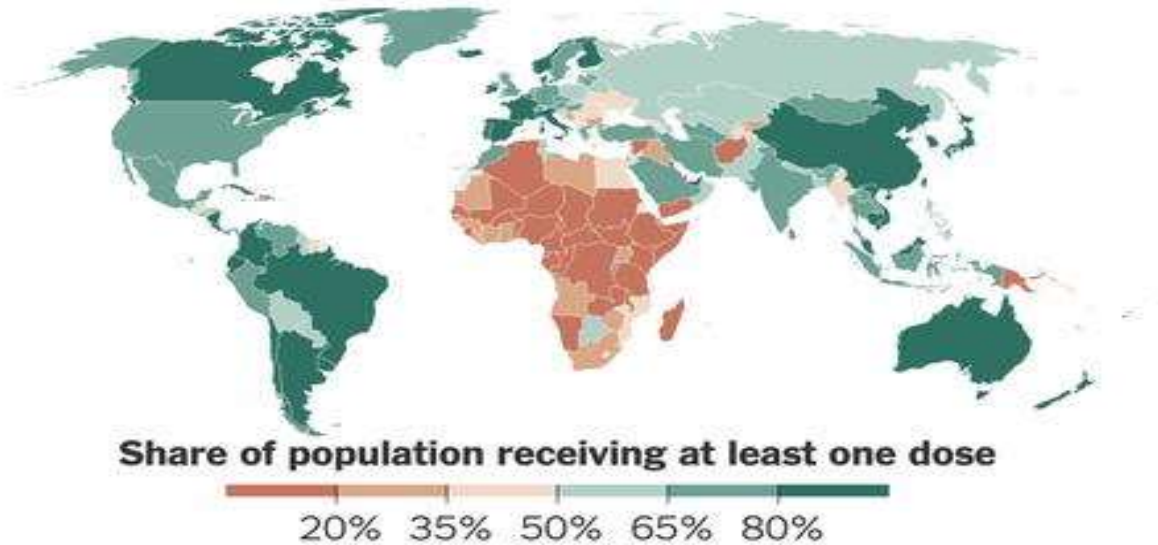
In über 25 Ländern sind weniger als 15 % der Bevölkerung geimpft. Wo sind die Millionen von Toten?

-  Burundi: 11 Millionen Einwohner Impfquote: 0.1%
-  Kongo: 89 Millionen Einwohner Impfquote: 0.3%
-  Haiti: Einwohnerzahl 11 Millionen Impfquote: 0.9%
-  Tschad: 16 Mio. Einwohner Impfquote: 0.9%
-  Jemen: 29 Mio. Einwohner Impfquote: 1.3%
-  Äthiopien: 115 Millionen Einwohner Impfquote: 1.6%
-  Südsudan: Bevölkerung 11 Millionen Impfquote: 2,5%
-  Kamerun: 26 Millionen Einwohner: Impfquote: 2,6%
-  Papua-Neuguinea: Bevölkerung 9 Millionen Impfquote: 2,7%
-  Nigeria: 206 Millionen Einwohner Impfquote: 2,7%
-  Madagaskar: 26 Millionen Einwohner. Durchimpfungsrate: 3.4%
-  Tansania: 59 Millionen Einwohner. Impfquote: 3%
-  Mali: Bevölkerung: 20 Millionen Impfquote: 3.6%
-  Burkina Faso: 20 Mio. Einwohner Impfquote: 3.8%
-  Malawi: 19 Millionen Einwohner Impfquote: 4.2%
-  Niger: 24 Millionen Einwohner Impfquote: 4.4%
-  Sudan: 43 Millionen Einwohner Impfquote: 4.6%
-  Uganda: 45 Millionen Einwohner Impfquote: 5%
-  Senegal: 16 Millionen Einwohner Impfquote: 6.2%
-  Algerien: 43 Millionen Einwohner Impfquote: 14%
-  Kenia: 53 Millionen Einwohner Impfquote: 14%
-  Sambia: 18 Millionen Einwohner Impfquote: 10%

Diese Länder haben zusammen eine Bevölkerung von über 900 Millionen Menschen, von denen über 90 % nicht geimpft sind. Wo sind die Massengräber? In den meisten dieser Länder gab es nicht einmal Lockdowns, soziale Distanzierung oder eine Maskenpflicht. Die Impfstoffe sind Biowaffen.

""Papua-Neuguinea: Einwohnerzahl 9 Millionen Impfquote: 2,7 % Fettleibigkeitsquote: 30 %, höher als in Kanada und Europa.

<https://www.nytimes.com/.../covid-vaccinations-tracker.html>



VORARLBERG

ÖVP-Wirtschaftsbund zeigte sich rund um brisante Steuerprüfung selbst an

Der Vorarlberger Wirtschaftsbund dürfte große Summen an die ÖVP weitergeleitet haben, ohne diese zu versteuern. Deshalb soll er sich selbst angezeigt haben

Lara Hagen, Fabian Schmid

28. März 2022, 17:40



Der Wirtschaftsbund soll in Vorarlberg der ÖVP hohe Summen weitergeleitet und diese nicht versteuert haben. Landeshauptmann Markus Wallner wollte dazu keine Stellung nehmen. Der Wirtschaftsbund bestätigt eine Betriebsprüfung.

Foto: APA/Hochmuth

Was Oppositionsparteien, aber auch der Grüne Koalitionspartner der ÖVP in Vorarlberg schon lange befürchtet hatten, dürfte tatsächlich so passiert sein: Der Vorarlberger Wirtschaftsbund, eine Teilorganisation der ÖVP, dürfte der Partei enorm hohe Summen zukommen haben lassen – Geld, das allerdings nicht versteuert worden sein soll. Deshalb hat der Wirtschaftsbund dem Vernehmen nach bereits eine Selbstanzeige eingebracht. Das Geld, das vom Wirtschaftsbund an die ÖVP gewandert ist, dürfte dabei hauptsächlich aus dem Magazin "Vorarlberger Wirtschaft" stammen, für das Wirtschaftsband-Direktor Jürgen Kessler Anzeigen lukriert hat.

Aus dem Wirtschaftsbund gibt es am Montag nur eine knappe Stellungnahme. Kessler bestätigt, dass eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt laufe. "Wir warten das Ergebnis ab. Betriebsprüfungen hat es meines Wissens auch schon in der Vergangenheit gegeben." Landesobmann Hans Peter Metzler ließ eine Anfrage unbeantwortet. Seine Stellvertreter haben auch in der Bundes-ÖVP Gewicht. Es sind dies unter anderem der Nationalratsabgeordnete Karlheinz Kopf und die aktuelle Präsidentin des Bundesrats, Christine Schwarz-Fuchs. Kopf bestätigte gegenüber den "Vorarlberger Nachrichten" ebenfalls die Prüfung – und eine Nachzahlung, auf die sich der Wirtschaftsbund eingestellt habe. "Eine Betriebsprüfung und eine Nachzahlung ist ja noch kein Verbrechen", sagte Kopf der Zeitung.

Strafrechtliche Folgen möglich

Die Angelegenheit könnte brisante Folgen zeitigen und auch strafrechtliche Ermittlungen nach sich ziehen, womöglich sogar gegen die ÖVP Vorarlberg – es gilt die Unschuldsvermutung. Derzeit soll das Finanzamt für Großbetriebe die Geldflüsse rund um den Wirtschaftsbund unter die Lupe nehmen.

In der Vorarlberger Volkspartei bestätigt man die Selbstanzeige noch nicht. Weder Landesgeschäftsführer Dietmar Wetz noch ÖVP-Obmann und Landeshauptmann Markus Wallner wollten sich zu der Causa äußern. Wallners Pressesprecher verwies auf den Wirtschaftsbund.

Magazin als Cashcow

Im Dezember war die Sache erstmals aufgeschlagen, damals hatten Ö1 und DER STANDARD über das Inseratengeschäft im Magazin des Wirtschaftsbands berichtet. Es folgten parlamentarische Anfragen von SPÖ, FPÖ und Neos. Offizielle Zahlen dazu, wie viel Geld der Wirtschaftsband durch das Magazin einnahm – und wie dieses verwendet wurde –, gibt es nicht. Der Vorarlberger Wirtschaftsband kommt der Bitte des STANDARD, die Rechenschaftsberichte zuzusenden, seit Herbst nicht nach. Laut Berechnungen von Beobachterinnen könnte das Heft aber allein 2020 etwa eine Million Euro eingebracht haben – die Parteienförderung für die ÖVP betrug im gleichen Jahr 1,246 Millionen Euro. Unter den inserierenden Unternehmen sind nicht nur einige Tochtergesellschaften des Landes, sondern auch teilweise die Wirtschaftskammer.

Vielzahl parlamentarischer Anfragen, kaum Antworten

Die Opposition beschäftigte daher vor allem die Frage, ob Steuergelder vom Wirtschaftsband an die ÖVP flossen. Ein ganzseitiges Inserat in der "Vorarlberger Wirtschaft" kostet 3.000 Euro, ab einem Betrag von 3.500 Euro können Inserate als Parteispenden gelten – zumindest nach den

damaligen Regeln, denn wenige Wochen später einigten sich ÖVP und Grüne auf neue, strengere Regeln für Parteienfinanzierung bzw. Transparenz.

Landeshauptmann Markus Wallner, der Obmann der ÖVP in Vorarlberg ist, verwies in den Anfragebeantwortungen auf den Rechenschaftsbericht seiner Partei, der allerdings keine Antworten liefert. Wie viel Geld von Teilorganisationen an die Parteien fließt, musste bis dato nicht ausgewiesen werden, auch das wird sich mit den neuen Regeln ändern. Bezüglich der vielen Inserate von Unternehmen, die im (Teil-)Eigentum des Landes stehen, meinte Wallner, dafür seien die Firmen und nicht er zuständig.

Fragwürdige Doppelrolle

Dass sich die Landesregierung auf ein neues Transparenzgesetz einigte, ist aber nicht nur auf das Magazin des Wirtschaftsbunds zurückzuführen. Denn Jürgen Kessler hatte eine fragwürdige Doppelrolle inne: Der Direktor des Vorarlberger Wirtschaftsbunds hielt nämlich knapp 50 Prozent an der Firma Media Team, einer Agentur, deren Hauptgeschäft es ist, das Anzeigengeschäft verschiedenster Magazine abzuwickeln – darunter auch die Zeitschrift der Wirtschaftskammer. Nach breiter Kritik verkaufte Kessler seine Anteile Anfang des Jahres, der Rückzug wurde von Wallner "ausdrücklich" begrüßt. Media Team gehört nun zu 75 Prozent Russmedia – dem größten Medienunternehmen des Bundeslandes – und zu knapp 25 Prozent dem Geschäftsführer.

Seit all das öffentlich wurde, hat Kessler zwar seine Anteile am Media Team abgegeben. Seine Funktion im Wirtschaftsbund hat er aber noch immer inne, er ist also auch nach wie vor für das Magazin der ÖVP-Organisation zuständig. Allerdings wurde es in den vergangenen Wochen leiser um ihn. Die Gerüchteküche in Vorarlberg brodelte, ein neuer Job wurde offenbar fieberhaft gesucht. Dann kam die Finanz.

Magazin erscheint derzeit nicht

Das Magazin des Wirtschaftsbunds ist seit Herbst nicht mehr erschienen. Die Ausgaben sind online auch nicht mehr aufrufbar – vorher konnte man jedes einzelne Heft lesen. Auch das Impressum bzw. die Preise für Inserate sind mittlerweile von der Website des Wirtschaftsbunds verschwunden. Warum das Magazin nicht mehr erscheint, wird auf Anfrage des STANDARD nicht beantwortet. Nur so viel: Die nächste Ausgabe sei bereits in Arbeit.

Inwiefern Kessler persönlich von den Anzeigengeschäften profitierte, also ob er sich selber eine Art Erfolgsprämie oder Provision ausbezahlt, ist unklar und geht auch aus der Bilanz von Media Team nicht hervor. Allerdings hat Kessler über jene Firma, über die er an Media Team beteiligt war, Immobilien gekauft.

Verflechtungen mit der Wirtschaftskammer

Schon 2010 machte die Grüne Wirtschaft im Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer darauf aufmerksam, dass im Magazin des Wirtschaftsbunds großzügiger inseriert werde als bei anderen Magazinen. Auch 2019 kam die Kritik der Grünen wieder auf, die Österreichische Wirtschaftskammer dementierte. In der Oktober-Ausgabe fand sich ein Inserat der Wirtschaftskammer, allerdings waren sieben Seiten gefüllt mit Interviews mit Kammervertretern. Ob für diese Inhalte bezahlt wurde, will die Vorarlberger Wirtschaftskammer nicht beantworten,

das müsse man den Chefredakteur der "Vorarlberger Wirtschaft", also Kessler, fragen. Die Seiten sind jedenfalls nicht als Inserat oder Werbung gekennzeichnet. Die Verbindungen zwischen der Kammer und der ÖVP-Teilorganisation sind im Ländle freilich eng: Der dortige Präsident, Hans Peter Metzler, ist Wirtschaftsbund-Obmann und somit Kesslers Chef. Kessler war bei der WK-Wahl vergangenes Jahr Sprecher der von Metzler angeführten siegreichen Liste.

Dass Media Team für die Anzeigenaquis bei der Wirtschaftskammer zum Zug kam, ist zwar durch eine internationale Ausschreibung, die von einer Kanzlei begleitet wurde, gedeckt. **Mitbewerber gab es keine.** Allerdings waren in der Bewertungskommission der Leiter der Presseabteilung der Wirtschaftskammer und der für die WKV-Zeitung zuständige Redakteur. Beide waren zuvor für die "Vorarlberger Nachrichten", die bekanntlich ein Russmedia-Produkt sind, tätig – Russmedia wiederum hielt damals 40 Prozent an Kesslers Agentur. Der dritte Mann in der Kommission war der Obmann der Fachgruppe Werbung und Marktkommunikation. Bei der Kammerwahl 2020 war er Spitzenkandidat der Liste von Metzler mit Sprecher Kessler.

Neos thematisieren personelle Konsequenzen

Eine erste Reaktion gab es am Montagnachmittag von den Vorarlberger Neos. Deren Landessprecherin Sabine Scheffknecht zeigte sich nicht überrascht: "Dass bei der Vorarlberger Volkspartei und ihren Vorfeldorganisationen viel im Argen liegt, ist schon lange bekannt und ein offenes Geheimnis. Landeshauptmann und Obmann der Vorarlberger Volkspartei – Markus Wallner – ist dringend gefordert, in seinen Organisationen endlich aufzuräumen und Konsequenzen zu ziehen." Sollte sich die illegale Parteienfinanzierung bewahrheiten, seien personelle Konsequenzen "auf oberster Ebene" notwendig, sagt Scheffknecht. "Dieses schamlose Verhalten muss endlich ein Ende finden." (Lara Hagen, Fabian Schmid, 28.3.2022)

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=82373#more-82373>

28. März 2022 um 10:40 Ein Artikel von: [Tobias Riegel](#)

Bei der medialen Darstellung des US-Präsidenten Joe Biden – auch nach seiner skandalösen Rede in Warschau – könnte man den Eindruck gewinnen, Biden würde für den Frieden in der Welt streiten. Dabei müsste Biden als gefährlicher Falke dargestellt werden, etwa **wegen seiner Beiträge zu den Kriegen in Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und an anderen Orten.** Auch sein Team besteht zum Teil aus vorbelasteten Rüstungslobbyisten und Kriegstreibern. Dennoch wird Joe Biden noch immer die Rolle des moralischen Anklägers gegenüber Russland zugestanden. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Der US-Präsident Joe Biden hat den russischen Präsidenten Wladimir Putin in einer Rede am Wochenende als "Schlächter" und "Kriegsverbrecher" bezeichnet und indirekt einen Regime Change in Russland gefordert, wie **[Medien berichten](#)**. Kurz nach Bidens

Rede versicherte ein Vertreter des Weißen Hauses jedoch, Biden strebe keinen „Regimewechsel“ in Moskau an.

Bei der allgemeinen Konzentration auf den Satz mit dem indirekten Regime Change gehen andere infame Äußerungen in der Rede unter: Ist Joe Biden in der moralischen Position, Wladimir Putin einen „Schlächter“ zu nennen, etwa wenn man die Anzahl der Zivilisten vergleichen würde, die durch die Außenpolitik des jeweiligen Landes in den letzten Jahrzehnten getötet wurden? **Natürlich nicht.** Mit diesem Vergleich spricht man russische Außenpolitik selbstverständlich nicht von Vergehen frei – aber in der Bewertung der Außenpolitik der beiden Länder sollten die realen Folgen dieser Politik doch deutlich werden.

Der „friedliche“ Charakter des Biden-Teams

Den „friedlichen“ Charakter der Biden-Administration hat im vergangenen Jahr etwa „Monitor“ untersucht. Dort wird von Analysten festgestellt, dass Biden fest an „Amerikas Führungsrolle“ glauben würde. Das bedeute: „Vorherrschaft der USA und militärische Intervention“. Biden glaube, „Amerika habe das Recht, überall und jederzeit zu intervenieren.“ Die ARD-Sendung beschreibt, **dass Biden als US-Senator vehementer Verfechter von US-Militärinterventionen, etwa in Serbien 1999 oder in Afghanistan 2001, war.**

Und auch bei der Entscheidung, im Irak einzumarschieren, habe Biden eine entscheidende Rolle gespielt. George W. Bush habe für den Irakkrieg mit Biden „einen mächtigen und einflussreichen Verbündeten“ gehabt, der „einen Einmarsch im Irak schon Jahre zuvor gefordert hatte“. Ein Analyst wird zitiert: „Er (Biden) war sehr bestimmt, ein Hardliner und er blieb auch sehr lange Zeit danach ein Unterstützer und Verteidiger des Irakkriegs.“ Weitere Infos zum kriegerischen Charakter Bidens und zu den Falken, mit denen er sich umgibt, finden sich bei „Telepolis“ und (auf Englisch) bei „The Grayzone“. Das Fazit von „Monitor“ zum Biden-Team lautet:

„Joe Biden – jahrzehntelang prägte er maßgeblich die US-Außenpolitik, befürwortete einen völkerrechtswidrigen Krieg im Irak, der auf Lügen basierte. Forcierte als US-Vizepräsident einen weltweiten Drohnenkrieg, und umgibt sich mit Beratern, die offenbar auch die Interessen der Rüstungsindustrie im Blick haben.“

Zusätzlich zur erwähnten Rolle Bidens in **Serbien, Afghanistan und Irak** muss noch sein Beitrag zu den **Verwüstungen Libyens und Syriens** erwähnt werden. Angesichts dieser Liste von gewaltsamen Regime-Wechseln durch die USA müsste ein aktuelles Zitat von US-Außenminister Antony Blinken eigentlich zu Hohngelächter in den Redaktionen

führen. Blinken hatte als Reaktion auf Bidens indirekte Worte vom Regime Change gesagt:

„Wie Sie wissen, haben wir wiederholt gesagt, dass wir keine Strategie des Regime Change verfolgen – in Russland oder anderswo.“

Kritik und Anbiederung

Immerhin aus Frankreich hört man klare Distanzierungen von der Biden-Rede, wie Medien berichten. Es gibt sicher weitere kritische Stimmen zu der Rede, die hier nun keine Erwähnung finden. Die Aussagen des US-Präsidenten werden auch in einigen deutschen Medien kritisiert – jedoch oft nicht wegen der in diesem Text beschriebenen Widersprüche zu Bidens eigenem kriegerischen Handeln, sondern weil die harte Wortwahl in der Rede ein strategischer Fehler sei, der „Putin in die Hände“ spielt. Andere Medien bringen nicht einmal das zustande und praktizieren eine peinliche und geschichtsvergessene Anbiederung, etwa die „Volksstimme“ aus Magdeburg:

„Seine Worte waren kraftvoll, ausdrucksstark, Zeitpunkt und Ort waren klug gewählt. Medien und Politik schauen aber vor allem auf einen Satz: ‚Um Himmels willen: Dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben.‘ (...) Viel wichtiger ist aber das, was Biden noch gesagt hat: Dass die freie Welt sich nicht einschüchtern lassen wird. Dass das russische Volk nicht der Feind des Westens ist. Bidens Rede war so, wie sie auch angekündigt worden war: historisch und großartig. Denn sie übermittelte etwas sehr Wichtiges: Hoffnung und Zuversicht.“

Die Medien, Joe Biden und die Kriegstreiber

Exzess der doppelten Standards: In der Ukraine sind Partei-Verbote laut EU in Ordnung

Bidens Demokratie-Gipfel – der Gipfel der Verlogenheit

Biden – Anspruch und Wirklichkeit klaffen bereits jetzt auseinander

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=67064>

19. November 2020 um 12:13 Ein Artikel von: Tobias Riegel

Das Team des designierten US-Präsidenten Joe Biden spricht Bände: Es ist dominiert von Falken, Rüstungslobbyisten und Wirtschafts-Radikalen. Diese aggressive Seite Bidens wird in großen deutschen Medien kaum thematisiert – schließlich ist er das Licht und Donald Trump das Dunkel. Der kritikwürdige Trump wird aber vor allem für die falschen Dinge kritisiert: etwa für militärische Abzugspläne. Von **Tobias Riegel**.

Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at

Das Übergangs-Team des mutmaßlichen Wahlsiegers in den USA, Joe Biden, besteht weitgehend aus hochproblematischen und kriegstreiberischen Personen. Wer sich aber nur in den großen deutschen Medien über die USA informiert, kann die aktuellen Vorgänge dort nicht beurteilen. Details zur Besetzung des Biden-Teams folgen weiter unten im Artikel. Hier zunächst Eindrücke aus der deutschen Berichterstattung.

Biden-Kitsch in den Medien: „Wenn Anstand zu Tränen rührt“

Ein kleiner Ausschnitt aus zahllosen Artikeln deutscher Medien zeigt, in welcher unseriösen Weise der noch amtierende US-Präsident Donald Trump verteufelt wird, während der mutmaßlich designierte US-Präsident Joe Biden von Kritik abgeschirmt wird. Das artet teils in eine peinliche Heldenverehrung aus: Der „Spiegel“ **behauptet in einer Kolumne**, Bidens mutmaßlicher Wahlsieg sei eine „strahlende Stunde der USA“ – ein Titel des Magazins beschreibt **mit verklärender Bild-Illustration** Bidens mutmaßlichen Wahlsieg als Weg „zurück in die Zukunft“. Der „Tagesspiegel“ bezeichnet die US-Republikaner in der Zeit vor Trump als eine **„einst stolze“ Partei** – vielleicht meint die Zeitung damit auch die Ära des George W. Bush? Das würde passen, denn selbst auf Bush beziehen sich Medien dieser Tage teils positiv als Anti-Trump-Kronzeuge – ohne jedoch Bushs Kriege zu erwähnen, die Trump (zumindest nach eigener Aussage) versucht zu beenden. Der „Tagesspiegel“ kann kaum noch an sich halten und **schreibt in Bezug auf Joe Biden und Kamala Harris**: „Wenn Anstand zu Tränen rührt“. Man könnte diese **Liste der naiven Helden-Mythen** noch lange fortsetzen.

Eine Kritik an diesem Pro-Biden-Kitsch soll Trump keineswegs von harter und auf zahlreichen Feldern berechtigter Kritik freisprechen: Zu kritisieren ist eher die **ungerechtfertigte Heiligsprechung Bidens** als die teils begründete Kritik an Trump. Die unseriöse, schrille und extreme Parteinahme für eine Seite bei einer Wahl im Ausland durch die großen deutschen Medien ist mindestens fragwürdig – und sie dominierte auch die Berichterstattung vor der US-Wahl. Darum können Deutsche, die sich nur in diesen politisch nichtssagenden Biden-Harris-Hymnen informieren, die aktuellen Vorgänge in den USA wie gesagt nicht einordnen: Viele Bürger glauben möglicherweise tatsächlich an den suggerierten Kampf des Lichts (Biden) gegen die Dunkelheit (Trump). Es gibt aber auch positive Ausnahmen zu dieser Medien-Front: So hat Albrecht Müller kürzlich auf einen interessanten und Biden gegenüber kritischen **Bericht von „Monitor“ hingewiesen** – hier könnte man monieren, dass solche Berichte erst nach der Wahl kamen.

Afghanistan-Abzug: Die Krokodilstränen der Kriegstreiber

Monieren könnte man auch, dass Donald Trump zuverlässig für die falschen Dinge kritisiert wird – nämlich meist dann, wenn er mal etwas (zumindest anscheinend) richtig macht. Denn so muss man den (angeblich versuchten, aber angeblich vom „eigenen“ Militär sabotierten) US-„Rückzug“ in Syrien bezeichnen und auch seine aktuelle Ankündigung, Soldaten aus Afghanistan abzuziehen. Man könnte hier die Ernsthaftigkeit Trumps in Zweifel ziehen, diesen Abzug auch tatsächlich bis zum Ende durchzuführen. Aber das wird nicht kritisiert. Stattdessen werden Trumps aktuelle Afghanistan-Pläne (also der Abzug selber) von zahlreichen Medien negativ und als eine persönliche Marotte Trumps eingeordnet – etwa von der „Osnabrücker Zeitung“:

„Der Westen hat dort (in Afghanistan) Verantwortung übernommen, die daraus erwachsenen Verpflichtungen gilt es zu erfüllen. US-Präsident Trump ficht derlei nicht an. Ihm ist es wichtiger, dem gewählten Nachfolger eins auszuwischen.“

An dem aktuellen Beispiel Afghanistan kann man die „Krokodilstränen der Kriegstreiber“ beobachten – ein Phänomen, das die NachDenkSeiten bereits wegen der medialen Reaktion auf Trumps (angebliche) Abzugs-Pläne für Syrien beschrieben haben:

„Der angekündigte Syrien-Rückzug der US-Armee ist überfällig und zu begrüßen – die mediale Reaktion darauf ist heuchlerisch und zynisch. Jene großen Medien, die die westliche Zerrüttung Syriens mit möglich gemacht haben, stemmen sich nun gegen eine Beendigung der eigens herbeigeführten Katastrophe.“

Donald Trumps „Dolchstoßlegende“

Auch Joe Biden hat angekündigt, prinzipiell Frieden bringen zu wollen – aber was sind hier strategische Lippenbekenntnisse und welche Taten werden tatsächlich folgen? Das ist wegen der mangelhaften Berichte in großen deutschen Medien schwer zu bestimmen. Denn dass sich Joe Biden (außenpolitisch!) mutmaßlich sogar als ein noch größeres Übel als Trump erweisen könnte, diese Information muss man sich suchen. So beschreibt etwa das US-Medium „Grayzone“ ausführlich den Charakter des Übergangs-Teams von Joe Biden: Dort würden sich vor allem „Kriegs-Profiteure“ und „Konzern-Lobbyisten“ tummeln. Dass auch Biden antideutsche Sanktionen plant, um Deutschland von der Fertigstellung der wichtigen Pipeline Nord-Stream-2 abzuhalten, konnte man nun (nach der Wahl) etwa in der „Bild“ lesen. Die NachDenkSeiten haben die Frage von russischen und US-amerikanischen Sanktionen gegen Deutschland gerade in diesem Artikel beschrieben.

In vielen Medien heißt es nun, Trump würde durch seine Manipulations-Vorwürfe gegen die Demokraten an einer „Dolchstoßlegende“ spinnen, die seine mutmaßliche Niederlage erklären soll. Das mag sein – aber in diesem Zusammenhang könnte man

auch auf die Dolchstoßlegende der US-Demokraten hinweisen: Die haben ihre Niederlage 2016 mit der dreisten Kampagne zu „Russiagate“ schöngeredet. Es dominiert aktuell auch die fragwürdige Medien-Darstellung, nach der es eine absolut verrückte Vorstellung sei, dass die US-Geheimdienste Einfluss auf eine US-Wahl nehmen könnten. Hier soll keine Spekulation zu den Vorwürfen einer angeblichen Wahl-Fälschung befeuert werden. Aber dass die Sache mit Bidens Wahlsieg anscheinend doch noch nicht so sonnenklar ist, wie viele westliche Medien nun behaupten, das hat Albrecht Müller gerade [in diesem Artikel](#) thematisiert.

Biden-Team: „Kriegs-Profiteure“ und „Konzern-Lobbyisten“

Detailliert beschrieben wird das Team von Joe Biden etwa [in dem US-Medium „Grayzone“](#): Eine Reihe von Unternehmensberatern, Kriegsgewinnlern und Falken der nationalen Sicherheit wurden demnach von Biden in die Teams berufen, die die Agenda für seine Regierung festlegen werden, so „Grayzone“. Ein Paradebeispiel für die „interventionistisch gesinnten, betriebswirtschaftlich orientierten Persönlichkeiten“, die das Biden-Harris-Team zu Verteidigungsfragen bilden würden, sei etwa Lisa Sawyer:

„Sie war von 2014 bis 2015 als Direktorin für strategische Angelegenheiten der NATO und Europas für den Nationalen Sicherheitsrat tätig und arbeitete für JPMorgan Chase von Wall Street als außenpolitische Beraterin. Sawyer war Teil der “Task Force on the Future of US Coercive Economic Statecraft” des Center for a New American Security, was im Wesentlichen bedeutet, dass sie an Sitzungen teilnahm, die sich auf Methoden der Wirtschaftskriegsführung konzentrierten, die zur Destabilisierung von Ländern eingesetzt werden könnten, die sich weigerten, sich dem amerikanischen Imperium zu beugen.“

So sei Sawyer etwa der Ansicht, dass die US-Regierung nicht genug tue, um die russische “Aggression” abzuschrecken, dass die US-Truppenstärke in Europa wieder auf das Niveau von 2012 zurückkehren solle und dass offensive Waffenlieferungen an die Ukraine unter Verletzung der Minsk-Abkommen fortgesetzt und ausgeweitet werden sollten.

Eine weitere problematische Besetzung sei die designierte Verantwortliche für afrikanische Angelegenheiten: Linda Thomas-Greenfield sei eine treue Verbündete der ehemaligen nationalen Sicherheitsberaterin der USA, Susan Rice, die auf einen Krieg in Libyen drängte und die Invasion des Irak unterstützt habe. Sie sei außerdem Teil der Albright Stonebridge Group, einer globalen Beratungsfirma unter dem Vorsitz der ehemaligen Außenministerin Madeleine Albright, die Lobbyarbeit für die Verteidigungsindustrie betreibt.

Zur Gruppe des Außenministeriums gehört auch Dana Stroul, eine Teilnehmerin am neokonservativen Washingtoner Institut für Nahostpolitik (WINEP). Stroul sei 2019 der "Syria Study Group" bei der Ausarbeitung der nächsten Phase des Krieges der USA in Syrien beigetreten. Deren Empfehlungen würden die Aufrechterhaltung einer militärischen Besetzung eines Drittels des Landes, des "rohstoffreichen Teils Syriens", beinhalten: um den USA ein Druckmittel an die Hand zu geben, "ein politisches Ergebnis zu beeinflussen". Stroul drängte laut „Grayzone“ auf weitere Wirtschaftssanktionen gegen Damaskus und die Behinderung der Wiederaufbauhilfe, die bereits zu einer Verknappung von Öl und Brot geführt habe.

Aggressoren werden zu „Friedensstiftern“ umgedichtet

Mehrere von Biden und Harris ernannte Personen würden auch den Regimewechsel in Venezuela unterstützen. Außerdem gehöre dem Nachrichtendienstteam von Biden-Harris Greg Vogle an, ein ehemaliger CIA-Stationsleiter in Afghanistan und ehemaliger Partner der Beratungsfirma McChrystal Group, die vom ehemaligen Kommandeur des Joint Special Operations Command (JSOC) Stanley McChrystal gegründet wurde. Sowohl das JSOC als auch die CIA sowie die von ihnen ausgebildeten paramilitärischen Kräfte haben laut „Grayzone“ in Afghanistan Kriegsverbrechen begangen.

Die Liste mit vorbelasteten und problematischen Personen wird in dem Artikel von „Grayzone“ (auf Englisch) noch lange fortgesetzt. Fragwürdig sind nicht nur die außenpolitischen Vorhaben, sondern auch wirtschaftspolitische Pläne. Die absurde Diskrepanz zwischen einem (vor allem außenpolitisch) aggressiv ausgerichteten Biden-Team und den Vorschusslorbeeren als Friedensstifter, die es von großen deutschen Medien erhält, wird auch in diesem interessanten Artikel bei „Telepolis“ deutlich. Insgesamt offenbart sich auch beim Thema US-Wahl ein (mutmaßlich vorsätzliches) „Versagen“ der deutschen Medienlandschaft.

Mehr zum Thema

[Biden bedeutet US-amerikanische Normalität: „Krieg und Invasionen“](#)

[Rätselhafte Konstellation in den USA besteht weiter](#)

[Wer die Symptome und die Ursachen der Spaltung der US-Gesellschaft verwechselt, wird auch als Versöhner scheitern](#)

[Sanktions-Regime wendet sich gegen Deutschland](#)

[„Monitor“ über die der Rüstungswirtschaft nützlichen Unterstützer von Biden](#)

Trump und das US-Establishment

Glenn Greenwald verlässt ‚The Intercept‘: „CIA und Deep State sind die Helden der liberalen Linken“

US-Wahlen, Medien und Manipulationen

Die Medien und das falsche Bild von einem „guten Amerika“

In Texas ist ein Sack Mais umgefallen – We’re all living in Amerika!

US-Rückzug aus Syrien: Die Krokodilstränen der Kriegstreiber

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=78749>



09. Dezember 2021 um 12:47 Ein Artikel von: [Albrecht Müller](#)

Stellen Sie sich vor, Sie sind der Präsident eines Landes, das Kriege in vielen Regionen der Welt geradezu serienweise geführt und den Tod von Millionen Menschen verursacht hat. Stellen Sie sich vor, Ihr Land hat wie im Irak ein Verbrechen erfunden, um dort einzufallen, zu töten und großartige Kulturgüter zu zerstören. Stellen Sie sich vor, in diesem Ihrem Land muss man über Milliarden verfügen oder Freunde haben, die so viel Geld zur Verfügung stellen, um als Präsident des Landes kandidieren zu können. Sind Sie dann der Präsident einer Demokratie? Wenn Menschen ohne Geld eigentlich nichts zu sagen haben? Stellen Sie sich vor, Sie sind der Präsident eines Landes, in dem der Geist der Rassentrennung immer noch umhergeistert und sich die Verachtung der angeblich minderen Rassen auch im Umgang der Polizei mit diesen eigentlich gleichberechtigten Schwarzen und Latinos äußert. Geschätzte 1000 Menschen Ihres eigenen Volkes werden pro Jahr auf diese Weise ins Jenseits befördert. So sieht Ihr Land aus und Sie nennen es eine Demokratie, eine Demokratie, die von Werten geprägt und geleitet werde, so sagen Sie. – Sie haben offensichtlich das Problem, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überbrücken. Was machen Sie dann? Die Wirklichkeit

ändern? Nein. Sie machen Public Relations. Public Relations, Propaganda – das ist die landesgemäße Antwort auf das Problem. So ist es. Ich fantasiere nicht. Heute eröffnet der US-amerikanische Präsident Biden den sogenannten Demokratie-Gipfel. **Albrecht Müller**.

Er hat dazu Vertreter aus 111 Nationen eingeladen. Der Demokratiegipfel soll dazu dienen, **die westliche Wertegemeinschaft in ein schönes Licht zu rücken und damit auch das eigene Land positiv zu bewerten**. Das soll keine Eintagsfliege sein, es soll weitergehen mit einem weiteren Gipfel.

Auch unser neugewählter Bundeskanzler nimmt an diesem virtuellen Gipfel teil. Andere wie zum Beispiel China oder Russland oder die Türkei und Ungarn sind nicht eingeladen. Dass diese sich darüber beklagen, verstehe ich nicht. Warum wollen sie an einer PR-Aktion teilnehmen?

Ein kritisch denkender Mensch aus Italien hat gerade in il manifesto Erhellendes zum Demokratie-Gipfel geschrieben. Es ist lesenswert. Deshalb haben die NachDenkSeiten diesen Text des Autors Manlio Dinucci übersetzt. In einem dann folgenden Anhang sind die Beiträge von ein paar Medien angerissen und verlinkt.

Und wenn Sie weitere Berichte über diesen oder den nächsten **Demokratie-Gipfel** sehen, hören oder lesen, dann denken Sie bitte daran: Es ist eine **PR-Aktion, die der Beschönigung der Wirklichkeit dient**. Zu dieser US-amerikanischen Wirklichkeit gehört zum Beispiel auch die üble Behandlung von Assange. Zu dieser Wirklichkeit gehört auch die Erfindung von Russiagate durch genau jenen Teil der US-amerikanischen Politik, durch die führenden Vertreter der Demokratischen Partei, die sich jetzt mit einem Demokratie-Gipfel feiern will. Zu Russiagate siehe den NachDenkSeiten-Bericht vom 07. Dezember 2021: **„Russiagate“-Erzählung zerfällt und hat trotzdem Folgen für die reale Welt**.

Nun aber zum eigentlichen Anliegen, dem Kommentar aus Italien:

Die Kunst des Krieges – Die tragische Farce des Demokratie-Gipfels Von Manlio Dinucci*

Am 9. und 10. Dezember lädt US-Präsident Biden zu einem „Demokratie-Gipfel“, zu dem *„Führungspersönlichkeiten aus Regierungen, Zivilgesellschaft und dem Privatsektor“* zusammenkommen werden. Die Gästeliste umfasst 111 Länder, darunter sind 28 der 30 NATO-Mitgliedsstaaten: Die Türkei und Ungarn sind nicht dabei. Ausgeglichen wird das durch die Teilnahme Israels und der Ukraine, zusammen mit 26 der 27 EU-Mitgliedsstaaten mit der Ausnahme von Ungarn. Der Gipfel *„wird ihnen eine*

Plattform zur Verfügung stellen zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten im eigenen Land und im Ausland sowie zur gemeinsamen Abwehr der größten Gefahren, denen Demokratien sich heute gegenübersehen“. Dies wird „ein Aktionsjahr“ einleiten, „mit dem Ziel, Demokratien reaktiver und widerstandsfähiger zu machen“, das in einem zweiten Gipfel kulminieren wird, um „eine Gemeinschaft von Partnern aufzubauen, die sich für eine globale demokratische Erneuerung einsetzen“.

Joe Biden hält also daran fest, was in seinem Wahlprogramm angekündigt war: an einem globalen Gipfeltreffen der Staaten der freien Welt mit dem vorrangigen Ziel, „Russlands Aggression abzuwehren, die militärischen Fähigkeiten der NATO auf hohem Niveau aufrechtzuerhalten und Russland die realen Kosten für seine Verletzung internationaler Normen aufzubürden“ und gleichzeitig „eine einheitliche Front gegen Chinas offensive Aktionen und Menschenrechtsverletzungen aufzubauen“. Auf die Weise werden die Vereinigten Staaten wieder einmal „die Führungsrolle beim Erstellen der Regeln spielen“. „Die Verteidigung demokratischer Werte“ – das wiederholte Biden als Präsident – „ist in unsere nationale DNA eingeschrieben“.

Was in die DNA der Vereinigten Staaten eingeschrieben ist, zeigen schätzungsweise einhundert Eroberungskriege, die die US-Geschichte charakterisieren. Laut einer dokumentierten Studie von James Lucas (s. il manifesto vom 20. November 2018) führte allein die Serie von Kriegen und Staatsstreichern der Vereinigten Staaten zwischen 1945 und heute in mehr als 30 asiatischen, afrikanischen, europäischen und lateinamerikanischen Ländern zu 20 bis 30 Millionen Toten, dazu zu Hunderten Millionen Verletzten – viele von ihnen mit bleibender Behinderung – dazu wahrscheinlich Hunderten Millionen von Toten aufgrund der indirekten Kriegsfolgen: Hungersnöte, Epidemien, Zwangsmigration, Sklaverei und Ausbeutung, Umweltzerstörung, und der Abzug von Ressourcen für die Befriedigung

lebenswichtiger Bedürfnisse zur Deckung der Militärausgaben.

In den blutigsten Kriegen – dem Korea-, Vietnam- und Irakkrieg – war das US-Militär direkt für den Tod von 10 bis 15 Millionen Menschen verantwortlich. Den blutigsten Coup hat die CIA 1965 in Indonesien organisiert: Sie hat den indonesischen Todesschwadronen die Liste mit den ersten 5.000 Kommunisten und anderen zu tötenden Menschen gegeben. Die Zahl der getöteten Menschen wird auf zwischen eine halbe und drei Millionen Menschen geschätzt.

Joe Biden selbst, der für den „Demokratie-Gipfel“ wirbt, **spielte in dem Teil der Geschichte eine führende Rolle.** 2001 unterstützte er als Vorsitzender der Senats-Kommission für auswärtige Angelegenheiten Präsident Bushs Entscheidung, Afghanistan anzugreifen und in Afghanistan einzumarschieren, und 2002 setzte er sich für eine parteiübergreifende Resolution ein, die Präsident Bush dazu ermächtigte, den Irak anzugreifen und in das Land einzumarschieren. 2007 verabschiedete er einen Plan zur Aufteilung des Irak in drei Regionen – eine kurdische, eine sunnitische und eine schiitische – was der US-Strategie entgegenkam. Zwischen **2009 und 2017** nahm er an Planung und Ausführung der Kriege gegen Libyen und Syrien und am Putsch in der Ukraine teil, in dem Biden wiederum eine direkte und entscheidende Rolle spielte.

Mit Blick auf die Demokratie im Inneren reicht es, sich vor Augen zu führen, dass die Polizei laut offizieller Statistik jährlich rund 1.000 wehrlose Bürger in den USA tötet, vor allem Schwarze und Menschen hispano-amerikanischer Herkunft. Es reicht auch aus, daran zu erinnern, dass die Vereinigten Staaten den Journalisten Julian Assange zu 175 Jahren Haft verurteilen wollen, **weil er ihre Kriegsverbrechen ans Licht gebracht hat.** In ein paar Tagen wird die britische Gerichtsbarkeit wahrscheinlich über seine Auslieferung an die USA entscheiden. Derweil war Großbritannien Co-Gastgeber eines Vorbereitungstreffens für den Gipfel, es trug den Titel: „**Verteidigung der Demokratien vor Desinformation**“ und stellte „die gute fachliche Praxis zur Förderung eines offenen und transparenten Informationssystems“ in den Mittelpunkt.

*Kommentator bei „il manifesto“, essayist, geograf, geopolitiker und hier der rest = [Manlio Dinucci | Fazi Editore](https://www.manlio.com/) *. Autor auch von workers.org/author/manlio/

Anhang:

Ein paar wenige Hinweise auf Medienstimmen zum Demokratie-Gipfel:

Tagesschau

Virtuelles Treffen

Biden lädt zum Demokratie-Gipfel

Stand: 09.12.2021 07:42 Uhr

Die Demokratie ist weltweit in Gefahr, befürchten die USA. Deshalb hält Präsident Biden einen Gipfel zu dem Thema ab. Auch Kanzler Scholz ist dabei. Wegen der übrigen Gästeliste gibt es aber Stirnrunzeln.

Claudia Sarre, ARD-Studio Washington

Polen ist eingeladen. Ungarn nicht. Auch Russland und China sind nicht geladen, dafür aber die Philippinen und Pakistan. Alte US-Verbündete wie Saudi-Arabien oder Ägypten sind ebenfalls nicht erwünscht.

...

Handelsblatt:

Biden lädt zum Demokratie-Gipfel ein – und spaltet damit die Welt

Der US-Präsident lädt mehr als 110 Länder zu einem Video-Gipfel für Demokratie ein. Das sorgt für böses Blut bei denen, die draußen bleiben müssen. Dazu gehören China, Russland und Ungarn.

Die Zeit:

Fünf vor acht / US-Demokratiegipfel:

Wir müssen draußen bleiben

Eine Kolumne von Matthias Naß

US-Präsident Joe Biden lädt zu einem zweitägigen Videogipfel für Demokratie ein.

Berlin,

Brüssel

Joe Biden hat den Titel mit Bedacht gewählt: Wenn der US-Präsident am Donnerstag die Regierungschefs aus rund 110 Ländern zu einer Video-Konferenz begrüßt, dann tut er das unter der Überschrift: „Gipfel für Demokratie“. Zum einen ist dies ein Hinweis darauf, dass Gefahren für die Demokratie nicht nur von autoritären Mächten wie China

oder Russland drohen, sondern auch von der inneren Schwäche zum Beispiel der USA selbst.

Zum anderen wollte Biden vermeiden, dass die Liste der Geladenen die Welt in Gut und Böse spaltet. Das zweite Ziel hat Biden schon vor Beginn der zweitägigen Mammutveranstaltung verfehlt. Russland und China, aber auch die Türkei und Ungarn haben heftig dagegen protestiert, dass sie nicht eingeladen wurden. Zumal andere Länder wie Pakistan, die Philippinen und Polen dabei sind, obwohl sie wegen Verstößen gegen demokratische Prinzipien immer wieder am Pranger stehen.

Kritik gibt es aber auch an der Glaubwürdigkeit des Gastgebers selbst: „Die USA sollten hier nicht führend auftreten“, sagt Ian Bremmer, Präsident der internationalen Politikberatung Eurasia Group, „denn auch in Amerika ist die Demokratie angeschlagen.“ Gemeint ist damit die vom ehemaligen US-Präsidenten Trump und seinen Anhängern nicht akzeptierte Wahlniederlage 2020, die am 6. Januar zum gewalttätigen Sturm auf das Kapitol führte.

„Dass eine reife Demokratie wie die amerikanische, die auch noch eine Sonderstellung in der Geschichte für sich beansprucht, Bilder produziert, wie wir sie am 6. Januar gesehen haben, das wird nachhaltige Wirkung weit über US-Grenzen hinaus haben“, sagt der amerikanische Stanford-Politologe Francis Fukuyama.

<https://www.heise.de/tp/features/So-werden-Joe-Bidens-Mitarbeiter-von-der-Ruestungsindustrie-gesteuert-4960362.html>

So werden Joe Bidens Mitarbeiter von der Rüstungsindustrie gesteuert

16. November 2020 [Harald Neuber](#)



Feier zum 75. Geburtstag von Joe Biden, links im Bild Kamala Harris. Geht die Party nun mit der Rüstungsindustrie weiter? (Quelle: [@SenKamalaHarris](#), Lizenz: Public Domain)

Ein Drittel des Teams für das Verteidigungsministerium mit Kontakten zu Waffenkonzernen und Lobbygruppen. Auch Kamala Harris hat ein dunkles Geheimnis

Im Juli 2019 bekräftigte Joe Biden – damals inmitten des Wahlkampfes um die US-Präsidentschaft – in einer [programmatischen Rede zur Außenpolitik](#), es sei "an der Zeit, die ewigen Kriege zu beenden, die uns unermessliche Mengen an Blut und Geld abverlangt haben". Nun aber rekrutiert der designierte Präsident für sein Kabinett Spitzenpersonal mit engen Verbindungen zur Rüstungsindustrie. Darauf weisen zunehmend alternative Medien in den USA hin, während der Mainstream über den Anti-Trump Joe Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris, die erste Afroamerikanerin und Frau auf dem Posten, jubeln.

Die Realität sieht freilich anders aus: Biden war als Vizepräsident unter Barack Obama nicht nur für die Kriege im Jemen, in Libyen, Afghanistan und anderen Ländern mitverantwortlich. Er holt nun Lobbyisten eben jener Industrie ins sein Regierungsboot, die unmittelbar von diesen "ewigen Kriegen" profitiert.

Das zeigte sich auch am Dienstag vergangener Woche, als Biden seine sogenannten [Überprüfungsteams für die US-Behörden und Ministerien vorstellte](#). Diese Teams seien "dafür verantwortlich, die Geschäfte jeder Behörde zu erfassen, eine reibungslose Übergabe zu organisieren und sich zu gewährleisten, dass der designierte Präsident Biden und die designierte Vizepräsidentin Harris sowie ihr Kabinett vom ersten Tag an einsatzbereit sind".

Und nun wird es spannend: Von den 23 Personen des Überprüfungsteams für das US-Verteidigungsministerium, führen acht – also etwas mehr als ein Drittel – als ihre letzten

Arbeitgeber Organisationen, Think Tanks oder Unternehmen an, die entweder direkt Geld von der Rüstungsindustrie erhalten haben oder dieser Branche unmittelbar zuzurechnen sind, wie Sarah Lazare vom US-Onlineportal In These Times schreibt. Tatsächlich mag die Zahl der freiwilligen oder bezahlten Mitarbeiter der Übergangsteams von Biden und Harris höher sein. Es hat schlicht noch niemand die Hintergründe aller Mitarbeiter der "Transition Teams" systematisch untersucht.

Spur zu Rüstungskonzernen und Erdölunternehmen

Das Zentrum für strategische und internationale Studien (Center for Strategic and International Studies, CSIS) wird von drei Personen im Überprüfungsteam für das Verteidigungsministerium aufgeführt: Das betrifft Kathleen Hicks, eine ehemalige Mitarbeiterin des Verteidigungsministeriums unter Obama, Melissa Dalton und Andrew Hunter.

"CSIS ist eine offensiv auftretende und einflussreiche außenpolitische Denkfabrik, die von den Rüstungsunternehmen General Dynamics Corporation, Raytheon, der Northrop Grumman Corporation, der Lockheed Martin Corporation und anderen Waffenherstellern und Rüstungsunternehmen sowie von Erdölkonzernen finanziert wird", schreibt Lazare.

Raytheon indes ist einer der Hauptlieferanten von Bomben für den US-saudischen Krieg im Jemen. Das Unternehmen hat aggressiv Lobbyarbeit betrieben, um jegliche Beschränkung der Waffenverkäufe an die von den Saudis geführte Koalition zu verhindern.

Zu den Waffen, die Northrop Grumman herstellt, gehören unter anderem Drohnen, die vom US-Militär in Afghanistan, Irak, Somalia und andernorts eingesetzt wurden.

Eine Recherche der New York Times ergab 2016, dass CSIS als Lobbygruppe der Rüstungsindustrie fungiert. Das Blatt stützte seine Recherche auf geleakte E-Mails, die die Verbindungen belegen. Daraus ging auch hervor, dass CSIS auf eine Ausweitung von Drohnenverkäufen drängte.

Department of Defense

Name	Most Recent Employment	Source of Funding
Kath Hicks, Team Lead	Center for Strategic and International Studies	Volunteer
Susanna Blume	Center for a New American Security	Volunteer
Sharon Burke	New America	Volunteer
Lisa Coe	OtherSide Consulting, LLC	Volunteer
Melissa Dalton	Center for Strategic and International Studies	Volunteer
John Estrada	Department of State (Retired)	Volunteer
Victor Garcia	Rebellion Defense	Volunteer
Karen Gibson	Self-employed	Volunteer
Michelle Howard	George Washington University, The Elliott School of International Affairs	Volunteer
Andrew Hunter	Center for Strategic and International Studies	Volunteer

"Transition Team" für das Verteidigungsministerium: Zahlreiche Kontakte zu Rüstungsindustrie und Lobbygruppen (Quelle: buildbackbetter.com, Screenshot)

Lockheed Martin ist ein Hauptauftragnehmer für das THAAD-Raketensystem in Südkorea – ein System, [für das sich CSIS ebenfalls eingesetzt hat, ohne seinen Interessenkonflikt offenzulegen](#). Das Unternehmen [stellte auch die Bombe her](#), die im August 2018 in einen Schulbus im Nordjemen einschlug und mindestens 26 Kinder tötete.

CSIS [erhält zudem Geld von Regierungen](#), darunter der US-Regierung und dem Regime der Vereinigten Arabischen Emirate, die mit Saudi-Arabien den Krieg im Jemen führen. Darüber hinaus erhält CSIS Gelder von der staatlichen Erdölgesellschaft Saudi Aramco. Konkreter: [Der Think Tank profitiert von Geldgeschenken des saudischen Regimes.](#)

Auch Kamala Harris profitierte indirekt von Geld der Rüstungsindustrie

Zwei Mitglieder von Bidens Überprüfungsteams für das Verteidigungsministerium, Ely Ratner und Susanna Blume, haben das Zentrum für eine Neue Amerikanische Sicherheit (Center for a New American Security, CNAS) unter ihren letzten Arbeitgeber aufgeführt. Das CNAS [erhält einen beträchtlichen Teil seines Geldes](#) von der Northrop Grumman Corporation, vom US-Außenministerium – jeweils 500.000 US-Dollar oder mehr pro Jahr –, von Lockheed Martin, Raytheon und Erdölkonzernen.

Die designierte Vizepräsidentin Kamala Harris wurde während ihrer Wahlkampagne in erheblichem Maße vom CNAS unterstützt. Der Think Tank ist dafür bekannt, dass er sowohl für eine militärische Außenpolitik als auch für eine harte Linie gegenüber Russland und China plädiert.

Drei Personen aus dem genannten Team, Stacie Pettyjohn, Terri Tanielian und Christine Wormuth – letztere ist eine ehemalige Verteidigungspolitikerin unter Obama –, kommen direkt von der RAND Corporation, einer offensiv auftretenden Denkfabrik, die erhebliche Mittel von der US-Armee und dem Heimatschutzministerium erhält.

"Es hat schon eine gewisse Aussagekraft, dass die hier vertretenen Think-Tanks – RAND, CSIS und CNAS – zugleich zu den Hauptempfängern von Mitteln des Verteidigungsministeriums und von Auftragnehmern des Verteidigungsministeriums zählen", sagt Ben Freeman von der Nichtregierungsorganisation Foreign Influence Transparency Initiative, die einen Bericht über die Finanzierung von Think-Tanks verfasst hat. Freeman weiter:

"CNAS und CSIS stehen an der ersten und zweiten Stelle derjenigen Organisationen, die in den vergangenen sechs Jahren Spenden von Auftragnehmern des US-Verteidigungsministeriums erhalten haben. RAND ist unter den Think Tanks mit weitem Abstand der Empfänger der meisten Zuwendungen durch das Verteidigungsministerium".

Sharon Burke, die dem "Übergangsteam" von Biden angehört, arbeitet zudem für die Lobbyorganisation New America, die sich als "nationales Netzwerk innovativer Problemlöser" bezeichnet. Die Organisation wird von Raytheon, Northrop Grumman, General Atomics Aeronautical Systems und dem U.S. Army War College finanziert.

Sammelsurium von Lobbygruppen

Als jüngster Arbeitgeber von Shawn Skelly wird von Bidens Übergangsteam CACI International genannt, ein Unternehmen, das IT für militärische Waffensysteme der USA verkauft. Gegen CACI ist eine Klage irakischer Staatsbürger anhängig, die in dem berüchtigten US-Militärgefängnis Abu Ghraib inhaftiert waren. In der Klagebegründung heißt es, CACI sei unmittelbar für die dort erlittene Folter verantwortlich.

Biden-Mitarbeiter Victor Garcia nennt "Rebellion Defense" als seinen jüngsten Arbeitgeber. Dieses Softwareunternehmen arbeitet nach eigenen Angaben mit Verteidigungs- und Sicherheitsbehörden der USA zusammen". Die Firma wurde von ehemaligen Verteidigungsbeamten gegründet und "analysiert Videos, die von Drohnen aufgenommen wurden", so die New York Times.

Ein weiteres Mitglied des Biden-Teams, das den Regierungswechsel vorbereiten soll, arbeitet für JPMorgan Chase & Co.; eine Person ist aus dem Außenministerium ausgeschieden, eine andere arbeitet für die Nuclear Threat Initiative, die laut New York Times "katastrophale Angriffe mit Massenvernichtungswaffen – nukleare, biologische, radiologische, chemische und Cyber-Angriffe – verhindern will".

Lisa Coe, die ebenfalls zum genannten Team gehört, [führt laut Defense News](#) als jüngsten Arbeitgeber **OtherSide Consulting** auf, eine Beratungsfirma für die Rüstungsindustrie.

Farooq Mitha, ebenfalls Mitglied des Überprüfungsteams für das Verteidigungsministerium, [gehört dem Vorstand von Engage an](#), einer Organisation, die für ihre Parteinahme für anti-palästinensische Organisationen [in der Kritik stand](#).

Kritik der Friedensbewegung und von Basisgruppen

"Dass Biden ein Team von Leuten mit Verbindungen zu Waffenschmiedern und dem militärisch-industriellen Komplex aufbaut, zeigt eindrücklich, wie Militarismus und Imperialismus parteiübergreifend Einfluss ausüben", sagt Sidney Miralao, ein Organisator von Dissenters, einer Gruppe, die sich gegen US-Militarismus und Rüstungsindustrie engagiert:

"Demokraten und Republikaner sind gleichermaßen Garanten für Krieg und Gewalt im In- und Ausland. Indem Biden und sein Team die Tradition eines regen Personalaustauschs mit der Rüstungsindustrie fortführen, begünstigen sie ein weiteres Wachstum des Militärs und stützen die These, dass Krieg für die Sicherheit notwendig ist."

Während seines Wahlkampfes hatte Biden noch versucht, auf führende Akteure des linken Flügels der Demokraten zuzugehen, allen voran Senator Bernie Sanders. Mit Sanders' Unterstützern bildete er eine gemeinsame Task Force, die [eine Reihe von Empfehlungen](#) – von Klima bis zu Arbeitsmarktpolitik – aussprach. "Doch bei diesen Abstimmungen wurden die Themen Krieg und Militarismus weitgehend ausgespart", schreibt Lazare. Kritiker einer militaristischen US-Außenpolitik fürchteten daher, dass eine Biden-Regierung Kriege fortsetzen und neu beginnen werde.



Protest gegen den Irak-Krieg in den USA im Jahr 2008 (Quelle: [Ben Schumin](#), Lizenz: [CC BY-SA 2.0](#))

"Biden spielte eine einflussreiche Rolle bei der Unterstützung der US-Invasion im Irak im Jahr 2003, er hat die israelische Aggression gegen Palästinenser während seiner gesamten Karriere unterstützt sowie die unbefristete Besetzung Afghanistans verteidigt", so Lazare.

Biden könne schon vor Amtsantritt wieder vergessen haben, wer ihn zum Sieg verholfen hat, befürchtet Ramón Mejía, der bei der Grassroots Global Justice Alliance, einem Bündnis von Gemeindeorganisationen, für die antimilitaristische Arbeit zuständig ist. "Der einzige Grund, warum er zum Präsidenten gewählt wurde, ist, dass schwarze, braune und indigene Jugendliche aktiv geworden sind, um **Trumps Faschismus abzuwählen**." Biden solle daher nicht denselben Fehler machen, für den die US-Demokraten berüchtigt seien: die Leute im Stich zu lassen, die ihnen zur Regierung verhelfen.

"Eine fortlaufende Kriegspolitik und Unterordnung unter Konzerninteressen werden (für eine Biden-Regierung) zum Verhängnis werden", ist sich Mejía sicher: "Wir **müssen den größten Teil der Gelder endlich aus einer auf Kriegsführung ausgerichteten Rohstoffwirtschaft abziehen**, um Investitionen in eine lebenserhaltende, regenerative Wirtschaftsordnung zu ermöglichen."

In einem Gastbeitrag für Telepolis hatte die US-amerikanische Aktivistin Mariamne Everett unlängst ebenfalls darauf hingewiesen, dass aussichtsreiche Anwärter für Kabinettsposten unter Biden direkte Kontakte zur Rüstungsindustrie unterhalten ([Bildet Joe Biden ein Kriegskabinett?](#)).

Redaktioneller Hinweis: Der Text orientiert sich in großen Teilen am Original der Autorin Sarah Lazare, die im Text genannt wird und deren Beitrag „One Third of Biden's Pentagon Transition Team Hails From Organizations Financed by the Weapons Industry“ in unserem Beitrag verlinkt ist. Wir bitten um Nachsicht, dass die Quelle nicht hinreichend kenntlich gemacht wurde. (Harald Neuber)



NEW YORK POST



NEWS

UKRAINE WAR

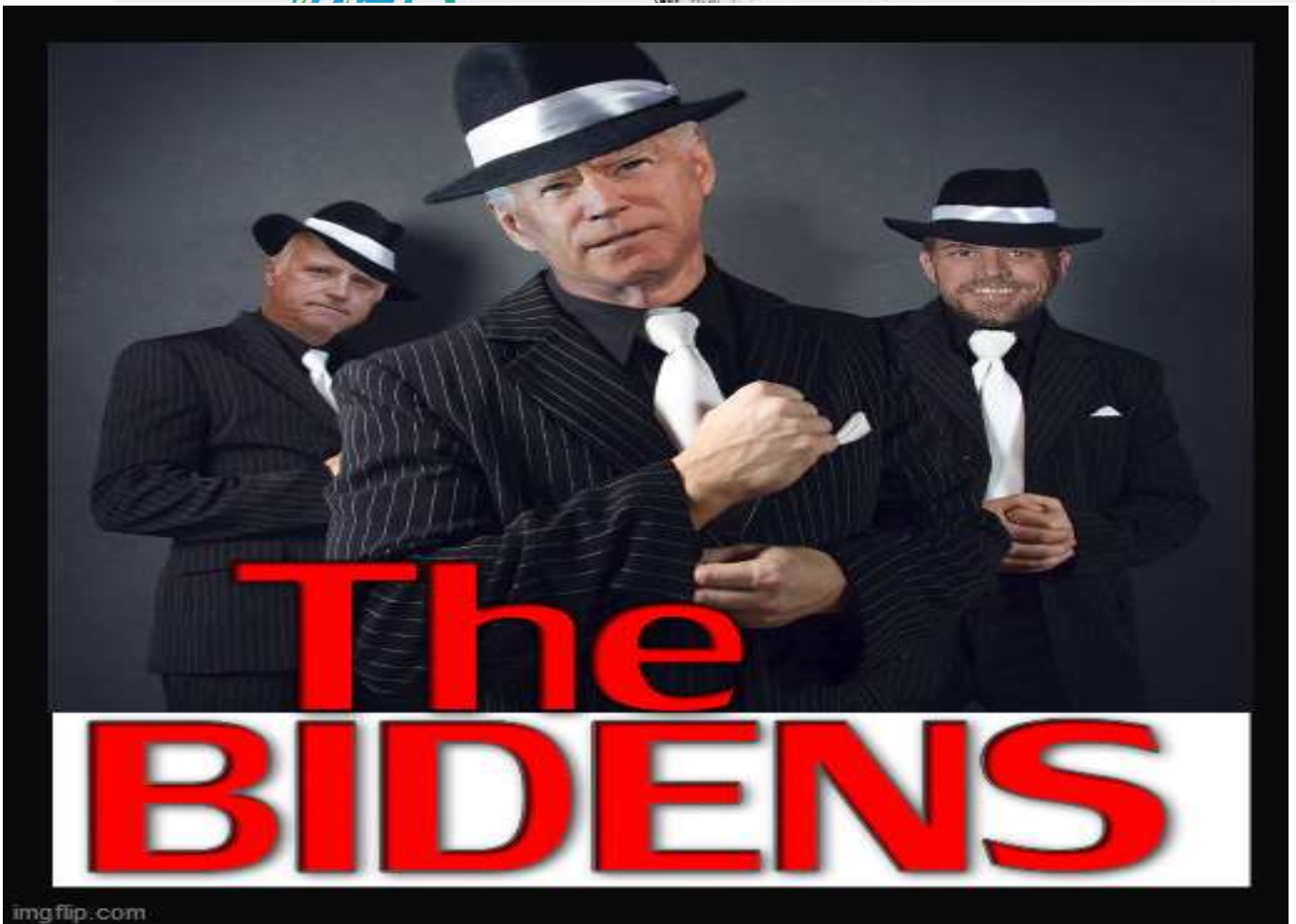
Hunter Biden helped secure funds for US biolab contractor in Ukraine: e-mails

By Jon Levine and Jesse O'Neill

March 26, 2022 | 1:32am



Various e-mails on Hunter Biden's laptop found that he assisted a California defense contractor with killer diseases and bioweapons in Ukraine.



Klar ist Joe Biden ist ein Lügner der bereits aufflog und höchstwahrscheinlich ziemlich korrupt ist/war. Dieser Artikel riecht nach „internationalen Bestechungsbetrug“ und die **Prahlerei von Joe Biden vor dem Council of Foreign Relationship**, einen ukrainischen Anklagestopp und Ermittlungsstopp durch die Nötigung Poroschenkos einen ukrainischen Staatsanwalt zu feuern und dann einen „auf Linie“ Staatsanwalt einzusetzen der gegen den Konzern Bursima (Hunter Biden im Vorstand für 50.000,-/Dollar im Monat seit 2014) alle Untersuchungen und Anklagen wegen Korruption einfach einstellte. Ein Laptop von Hunter Biden der in einer Reparaturwerkstätte in Delaware niemals abgeholt & bezahlt wurde, wurde dem FBI & dem Anwalt vom Trump übergeben und zur Sicherheit wurde eine Kopie angefertigt. Den amerikanischen Mainstreammedien wurde in Wahlzeiten einfach erzählt, dass Geheimdienstler dies als russische Propaganda einstufen um abermals bei dem US-

Präsidentschaftswahlkampf für Trump bla, bla, bla und die **Tech-Riesen Facebook, Twitter haben im US-Wahlkampf zensiert was geht.**

<https://www.maciverinstitute.com/2022/03/the-hunter-biden-story-was-always-about-joes-corruption/>

The Hunter Biden Story Was Always About Joe's Corruption

By MacIver Staff - March 18, 2022

Biden Corruption, Big Tech Censorship, Burisma Holdings, Corrupt Media, Hunter Biden, New York Post, New York Times, President Biden, President Joe Biden, President Trump, Russian Disinformation, Ukraine



As Dan O'Donnell explains, now that The New York Times has confirmed that the Hunter Biden emails are genuine, it's time to revisit the story and understand that the President of the United States was engaged in international bribery while he was Vice President.

[@DanODonnellShow The media dismissed the Biden laptop and corruption story out of hand instead of trying to corroborate it, and with Big Tech making it impossible to share the Post's story, it was effectively buried.](#) **CLICK TO TWEET**

Perspective by Dan O'Donnell

If politics was the “Encanto” soundtrack, Democrats and their media enablers would have been singing “We Don’t Talk About Hunter” for the past 17 months. It was nearing Election Day and there wasn’t a cloud in the sky; no clouds allowed in the sky save for Joe Biden’s lowlife son and his infamous laptop.

When [The New York Post reported in October 2020](#) that the younger Biden had been using his father’s position as the Obama Administration’s lead on American-Ukrainian relations to apparently enrich them both, the rest of the media refused to follow up or even mention the story. [Social media took this blackout a step further](#), as Facebook limited the ability of users to share the article and Twitter suspended the *Post’s* account.

The report, a “bipartisan group of intelligence officials” claimed, was “had all the hallmarks of Russian disinformation,” and this justified the censorship of it. In this absurd narrative, the Russians were interfering in the 2020 election just as they had in 2016, and again with the intention of electing Donald Trump.

The media, desperate to prevent this, dismissed the story out of hand instead of trying to corroborate it, and with Big Tech making it nearly impossible for people to share the *Post’s* reporting, it was effectively buried.

Only now, nearly two years after Joe Biden was safely elected, can the media confirm that in fact the *Post’s* story was correct all along. In an update on the Justice Department’s ongoing investigation into Hunter Biden’s obviously corrupt business dealings, [The New York Times reported this week](#) that “emails from a cache of files” that form the basis of this investigation came “from a laptop abandoned by Mr. Biden in a Delaware repair shop. The email and others in the cache were authenticated by people familiar with them and with the investigation.”

Well then. Can we finally talk about Hunter? What the traditional and social media censors knew from the outset of the scandal was that its center was never a deadbeat drug addict with a penchant for getting lucrative overseas work; it was the Vice President of the United States using said deadbeat drug addict as his bag man in

what may be one of the most significant cases of international influence peddling in American history.

In April 2019, Hunter Biden dropped off his laptop at a repair shop in Delaware and then, being a deadbeat drug addict, forgot all about it. After the owner of the shop decided it was abandoned, he powered it on and was so shocked at its contents that he alerted the FBI and then President Trump's attorney, Rudy Giuliani.

Both the FBI and the Trump team launched investigations, with Giuliani traveling to Ukraine to follow up on the leads the laptop provided and President Trump calling new Ukrainian president Volodymyr Zelenskyy.

"There's a lot of talk about Biden's son, that Biden stopped the prosecution and a lot of people want to find out about that so whatever you can do with the Attorney General would be great," Trump said. "Biden went around bragging that he stopped the prosecution so if you can look into it... It sounds horrible to me."

Vice President Biden - "I said, 'We're not going to give you the billion dollars.' They said, 'You have no authority, you're not the President.'

"I said, 'Call him.' I said, 'I'm telling you, you're not getting a billion dollars.' I said, 'You're not getting a billion, I'm going to be leaving here and I think it was about six hours,' and I look at him and say, 'We're leaving in six hours, if the prosecutor's not fired, you're not getting the money.'

"Well son of a bitch, he got fired. And they put in place someone who was solid at the time."

And that someone dropped the investigation into Burisma.

@DanODonnellShow

The Hunter Biden Story Was Always About Joe's Corruption

"I understand and I'm knowledgeable about the situation," Zelenskyy replied. "I would kindly ask you if you have any additional information that you can provide to us, it would be very helpful for the investigation to make sure that we administer justice in our country."

Later that year, Trump was impeached over that phone call, which Democrats claimed was a quid pro quo request that held up U.S. aid to Ukraine in exchange for a phony investigation into the Bidens that Trump could use in his upcoming re-election campaign. Trump was acquitted in the Senate in early 2020, largely because it was obvious that the Bidens were in fact involved in serious corruption.

In April 2014, just two months after being discharged from the Navy for testing positive for cocaine, Hunter Biden joined the board of Burisma Holdings, Ukraine's largest oil and natural gas company even though he neither spoke Ukrainian nor had any experience in the oil and natural gas industry.

What he did have was a father who happened to be the Vice President of the United States as well as the Obama Administration's point man on Ukraine. In a press release announcing Hunter's hiring, Burisma noted that he would be in charge of the company's "legal unit and will provide support for the company among international organizations." This, presumably, would include the United States Government.

Almost immediately after Hunter joined the board, Vadym Pozharskyi, one of Burisma's top executives, asked in an email in May 2014 for "advice on how you could use your influence" to aid Burisma in its international relations. Hunter apparently got to work immediately and even arranged a meeting between his father and Pozharskyi.

"Dear Hunter," Pozharskyi wrote him the following April, "Thank you for inviting me to DC and giving an opportunity to meet your father and spent [sic] some time together. It's really an honor and pleasure. As we spoke yesterday evening, would be great to meet today for a quick coffee. What do you think?"

Less than eight months after this meeting, Vice President Biden pressured then Ukrainian President Petro Poroshenko and Prime minister Arseniy Yatsenyuk to fire Prosecutor General Viktor Shokin, who just happened to be investigating Burisma for public corruption. If they wouldn't, Biden promised, the U.S. would withhold a billion dollars in loan guarantees.

"I went over...to Kyiv and I was supposed to announce that there was another billion dollar loan guarantee and I had gotten a commitment from Poroshenko and from Yatsenyuk that they would take action against the state prosecutor and they didn't," [Biden bragged during a 2018 speech to the Council on Foreign Relations](#). "I said, 'We're not going to give you the billion dollars.' They said, 'You have no authority, you're not the President.'

"I said, 'Call him.' I said, 'I'm telling you, you're not getting a billion dollars.' I said, 'You're not getting a billion, I'm going to be leaving here and I think it was about six

hours,’ and I look at him and say, ‘We’re leaving in six hours, if the prosecutor’s not fired, you’re not getting the money.’

“Well son of a bitch, he got fired. And they put in place someone who was solid at the time.”

And that someone dropped the investigation into Burisma.

Hunter appears to have been running much the same influence-peddling scheme in China, founding Rosemont Seneca Partners midway through the first year of his father’s first term as vice president. A year later, he traveled to China and secured meetings with multiple major state-owned businesses.

He eventually partnered with Chinese financier Jonathan Li and his private equity fund Bohai Capital to explore advancing Bohai’s business interests outside of China. For a year, they tried to get a license for Bohai to do business in the United States, but were unable

In 2013, though, [Hunter traveled aboard Air Force Two](#) with his father as the elder Biden met with Xi Jinping to discuss China’s aggressive military moves. Hunter met with Li and introduced him to his father at the hotel at which the American delegation was staying.

Ten days later, Bohai Harvest’s license was approved.

After Biden left office in 2017, Hunter partnered with Tony Bobulinski to form Sinohawk Holdings, another company formed to strengthen the Biden family’s business ties with China. Joe Biden’s brother Jim was also involved in the venture, which Bobulinski quickly realized was a corrupt arrangement to trade on the Biden name in anticipation of Joe’s run for the presidency in 2020.

“I had numerous communications with Hunter...and Jim Biden regarding the allocation of the equity ownership of Sino Hawk,” [Bobulinski said in a news conference](#) after *The New York Post*’s report was released in 2020. “On May 13th, 2017, I received an email concerning allocation of equity, which says, ‘10% held by H for the big guy.’ In that email there’s no question that, ‘H,’ stands for Hunter, ‘Big guy,’ for his father Joe Biden, and , ‘Jim,’ for Jim Biden. In fact, Hunter often referred to his father as, ‘The big guy,’ or, ‘My chairman.’ On numerous occasions it was made clear to me that Joe Biden’s involvement was not to be mentioned in writing, but only face-to-face.”

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Because of Joe Biden's secret involvement, Bobulinski claimed, China's state-owned energy giant CEFC was investing \$5 million in Sinohawk. Rather than wiring money to the company, however, CEFC paid the Biden family directly.

This arrangement, too, was outlined in emails obtained from Hunter Biden's laptop and subsequently corroborated by Bobulinski's direct, on-the-record, eyewitness account, but still the media—with just days until the presidential election—refused to run with the story as social media companies banned any account who dared to share it.

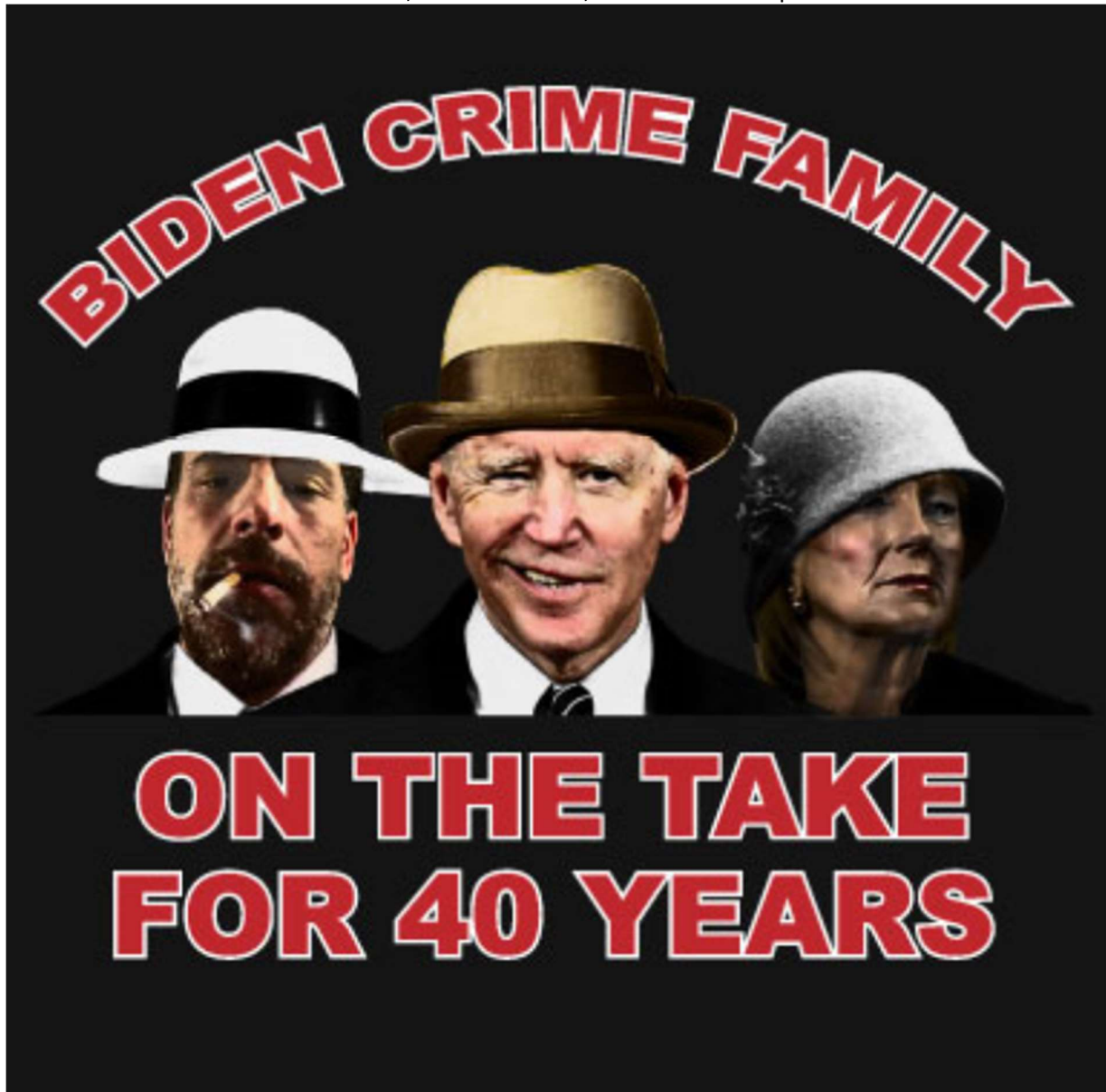
Yet now that even *The New York Times* is acknowledging that the Hunter Biden emails are acknowledging, it is finally time to talk about Hunter and, far more importantly, just how involved his father was in an obvious international bribery scam.






The Biden Crime Family





**Das größte Terrorprogramm
der Menschheitsgeschichte!**

HUNTER'S HIGH LIFE



Biden son 'smoked crack
in DC strip club' while
working for Ukraine co.

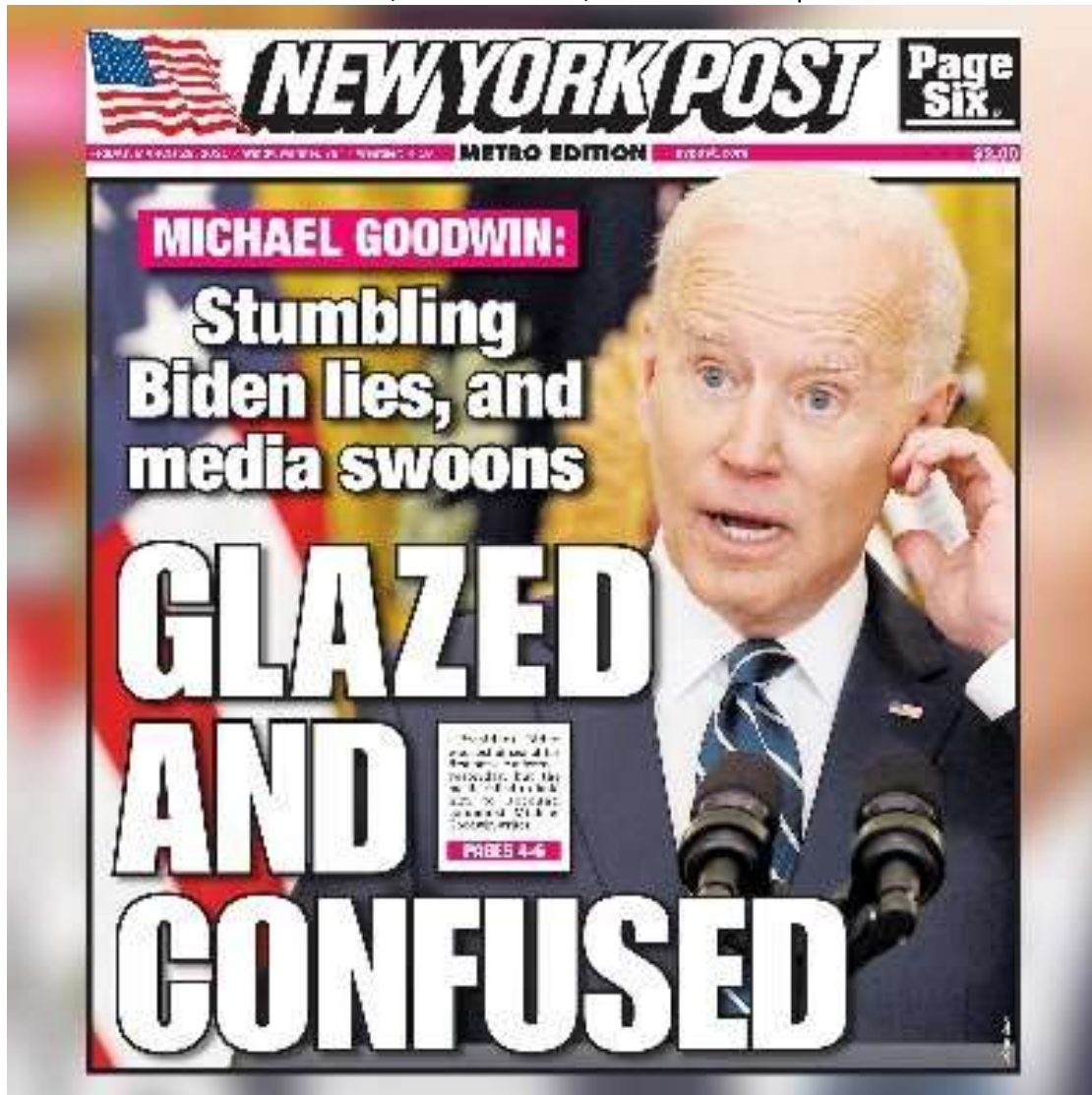
SEE PAGE 8

HUNTER BIDEN LAPTOP

LIVE STREAM WITH
ROBERT BARNES







Internationaler Rechtsbankrott!



Smoking-gun email reveals how Hunter Biden introduced Ukrainian businessman to VP dad

By [Chris Cillizza](#) and [Michael Sautter](#)

Updated 10/20/20 | 10:00am EDT



The Post has obtained emails revealing that Hunter Biden introduced his father to a top executive at Burisma.

Hunter Biden introduced his father, then Vice President Joe Biden, to a top executive at a Ukrainian energy firm last year a year before the Biden family received government officials in Ukraine who bring a controversy after they investigated the company, according to emails obtained by The Post.



What did Joe know and when did he forget it?



BIDEN UNMASKED

Despite denials, veep knew of Flynn witch hunt





**Ich sehe Führer,
aber alles Versager
oder Verbrecher!**



Was Sie laut Bundeszentrale für Politische Bildung über Selenskij wissen sollten

Selenskij und seine engsten Mitarbeiter gründeten ein Netz aus **Offshore-Briefkastenfirmen**, um **Millionenbeträge** unbekannter Herkunft an den ukrainischen Behörden vorbei ins Ausland zu schaffen. So erhielt Selenskij's TV-Produktionsfirma **41 Mio. Dollar** vom Oligarchen Kolomoiskij steuerfrei überwiesen. Unmittelbar vor der Wahl schrieb Selenskij seine Anteile auf einen engen Vertrauten um, der nach der Wahl zum Chefberater des Präsidenten ernannt wurde. Selenskij erhält weiter **regelmäßige Zahlungen**, obwohl er angeblich nichts mehr besitzt. Im Namen der Tarn-Firmen wurden auch **Luxuswohnungen** für mehrere Millionen gekauft.



Süddeutsche Zeitung

Meine SZ | SZ Plus | Coronavirus | Ukraine | Politik | Wirtschaft >

Ukraine

Selenskys Sieg ist Ausdruck eines kranken politischen Systems

22. April 2019, 11:23 Uhr | Lesezeit: 3 min

We are the News



Wahlsieger Wolodymyr Selensky am Sonntag auf einer Wahlparty in Kiew. (Foto: Genya Savilov/AFP)

Der Fernsehstar und künftige Präsident Selensky wurde von einem umstrittenen Oligarchen mit ins Amt gehoben. Nun ist zu befürchten, dass dieser Einfluss auf die Politik nimmt.

Kommentar von Florian Hassel, Kiew



Markus Gelau

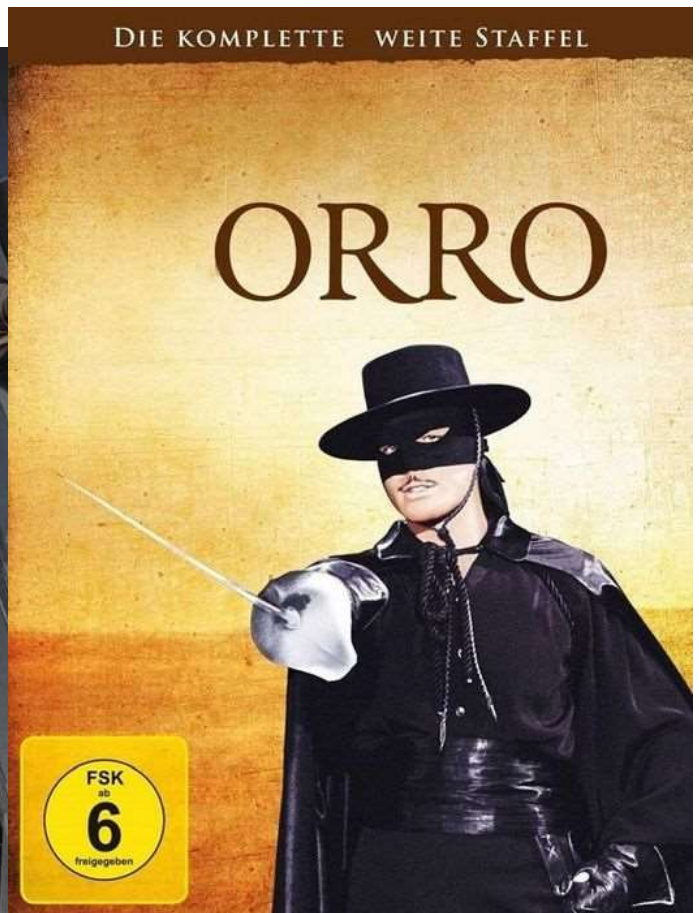
wir müssen ein zeichen setzen gegen putin, indem wir die meinungsfreiheit stärker einschränken als putin!

by the way: ich schlage vor, auch umgehend LUFT zu verbieten, da ich heraus gefunden habe, dass die russen dieselbe luft atmen. das wäre nur solidarisch, konsequent und einfach ein starkes zeichen.



Mitsch Kotten

Schwere Zeiten für Zorro Fans brechen an, wenn das Z nun verboten wird 😊



[Andreas Mertens](#)

Also ich lasse mir von Niemanden und schon gar nicht von faschistischen Politikern das Z verbieten!



Norbert Fleischer

Der legasthenische Freund einer Bekannten ihrer Großmutter hat von seiner Logopädin ihrer Nichte eine Sprachübung empfohlen bekommen. Siehe Video dazu hier:

<https://www.facebook.com/100000495013976/videos/656948162196403>





<https://www.nachdenkseiten.de/?p=82367>



28. März 2022 um 12:00 Ein Artikel von [Udo Brandes](#)

Während bis vor Kurzem im sich selbst als „linksliberal“ verortenden Milieu schon „Mikroaggressionen“ (also etwa die Frage „Woher kommst du?“ an einen dunkelhäutigen Menschen) und Nationalismus und Heldentum („toxische weiße Männer“) geradezu als die Inkarnation des Bösen angesehen wurden, kann es Vielen **jetzt gar nicht**

Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at

patriotisch, heldenhaft, kriegerisch und feindselig genug sein. Außenministerin Annalena Baerbock etwa verkündet in Bezug auf die EU-Sanktionen: „**Das wird Russland ruinieren**“. So also sieht feministische Außenpolitik aus. Unser Autor **Udo Brandes** hat in diesem Zusammenhang eine Erfahrung gemacht, die ihn dazu inspirierte, mal über das Gut und Böse und das Richtig und Falsch in der Politik nachzudenken.

Vor einer Woche schickte ich im Freundes- und Bekanntenkreis einen Text von Holger Panhußen und Robert Roisch herum. Der Text war in der Berliner Zeitung veröffentlicht worden (Den Link zum Artikel siehe am Ende dieses Textes). Beide Autoren beschäftigen sich seit Jahren mit Friedensforschung und Friedenspolitik. In ihrem sehr differenziert argumentierenden Text sprechen sie sich für eine Kapitulation der Ukraine aus. Zum einen, um das Leid der betroffenen Menschen zu beenden. Und zum anderen, um die Gefahr eines Atomkrieges, der womöglich die ganze Menschheit auslöscht, zu verhindern. Wie gesagt: Die Argumentation ist sehr differenziert und war aus meiner Sicht eigentlich unwiderlegbar. Ich bekam aber trotzdem von mehreren Seiten Widerspruch. Deshalb möchte ich in diesem Essay darlegen, warum aus meiner Sicht das (vermeintlich) **moralisch Richtige oder Gute falsch sein kann**.

Was sind die westlichen Werte wirklich wert?

Dieser Krieg von Putin ist ohne Wenn und Aber ein schweres Verbrechen. Wenn ich also eine Kapitulation der Ukraine für zumindest bedenkenswert halte, heißt das natürlich nicht, dass ich Putins Krieg gegen die Ukraine rechtfertigen will. Auch nicht mit dem Argument, dass die NATO eine aggressive Erweiterungspolitik betrieben hat. Denn auch dann darf man nicht einfach ein Land bombardieren und zerstören – und Menschen töten, die im Übrigen auch nicht verantwortlich sind für die Politik der NATO.

Zunächst einmal möchte ich auf die berühmten und bei jeder Gelegenheit beschworenen **„westlichen Werte“ (Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Völkerrecht etc.)** eingehen, die ja besonders gerne in solchen Krisensituationen als argumentative Rechtfertigung für politische Entscheidungen dienen. Was diese Werte in der politischen Realität wirklich wert sind, das konnten wir kürzlich in Katar beobachten, als der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck einen tiefen Bückling (im wahrsten Sinne des Wortes, also körperlich) vor dem Energieminister Katars machte: nichts. Denn

wenn der Grüne Robert Habeck seine angeblichen Werte (und die seiner Partei) wirklich ernst nähme, dürfte er niemals Geschäfte mit einem Land wie Katar einfädeln, in denen (um nur zwei Beispiele zu nennen) **die Frauenrechte mit Füßen getreten werden und Homosexualität strafbar ist** (Weitere Details siehe in Jens Bergers Text „**Der grüne Bückling**“). Denn nach dem Werteverständnis der Grünen sind Regime wie das in Katar „**die Bösen**“. Robert Habeck hat also durch sein politisches Handeln klar gemacht, dass Egon Bahr recht hatte, als er sagte: **In der Politik zählen nur die Interessen** (Originalzitat von Egon Bahr: „Wenn ein Politiker anfängt, über ‚Werte‘ zu schwadronieren, anstatt seine Interessen zu benennen, wird es höchste Zeit, den Raum zu verlassen.“). **Und da macht man auch schon mal Geschäfte mit dem Belzebub. Willkommen in der Realität, liebe Grünen!**

Im Übrigen wurden **die Werte der „westlichen Wertegemeinschaft“ sowieso schon seit Jahren mit Füßen getreten, wenn es um Kriege und Verbrechen der USA ging. Da galt schon lange ein moralischer Doppelstandard**: Was bei dem einen ein Verbrechen ist, ist bei dem anderen legitime Politik.

Mephistos Satz gilt auch umgekehrt

Jetzt zur Frage, ob die Ukraine nicht lieber kapitulieren sollte. Oder ob wir die Ukraine nicht noch weitreichender mit Waffenlieferungen unterstützen sollten. (Die zweite Frage hat die Bundesregierung bereits mit Ja beantwortet.) Von der Mehrheit der Bevölkerung wird diese Frage, so mein Eindruck, ebenfalls mit Ja beantwortet und als das moralisch Richtige angesehen. Waffenlieferungen in einen laufenden Krieg an die „Guten“ (die Verteidiger bzw. Angegriffenen) sind meines Erachtens aber nicht eindeutig moralisch einzuordnen. Aber ich will das jetzt mal für ein Gedankenexperiment unterstellen, weil es so viele glauben, und fragen: Ist es das moralisch Richtige (in diesem Fall Waffenlieferungen an die Ukraine oder eine noch weitergehende militärische Unterstützung) auch **notwendigerweise politisch richtig und sinnvoll?**

Diese Frage will ich zunächst allgemein in Bezug auf das Handeln in schwierigen Situationen beantworten: Können oder sollten Politiker immer das moralisch Richtige, Gute oder Gerechte tun? Für meine Antwort werde ich zwei Klassiker der politischen Philosophie heranziehen, Max Weber und Niccolò Machiavelli. Aber beginnen möchte ich mit einem Zitat aus Goethes Faust. Er lässt dort Mephisto (also den Teufel) sagen:

„(Ich bin) ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will, und stets das Gute schafft.“

Diesen Satz kann man auch umdrehen:

„Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will, und stets das Böse schafft.“

Genau dies gilt es nach dem deutschen Soziologen Max Weber (1864–1920) zu bedenken. Er unterschied in der Politik **zwischen Gesinnungsethik** (stets an seinen moralischen Prinzipien festhalten und das moralisch Richtige oder Gerechte tun) und **Verantwortungsethik** (man bedenke die Folgen):

„Wir müssen uns klar machen, dass alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen, unaustragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann ‚gesinnungsethisch‘ oder ‚verantwortungsethisch‘ orientiert sein. Nicht dass Gesinnungsethik mit Verantwortungslosigkeit und Verantwortungsethik mit Gesinnungslosigkeit identisch wäre. Davon ist natürlich keine Rede. Aber es ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter gesinnungsethischer Maxime handelt – religiös geredet: ‚der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim‘, oder unter der verantwortungsethischen: dass man für die Folgen seines Handelns aufzukommen hat“ (Max Weber, Politik als Beruf).

Die Flamme der reinen Gesinnung soll nicht erlöschen

Weber führt dann aus, und das erinnert sehr an heutige Diskussionen, dass der Gesinnungsethiker nicht bereit sei, die womöglich üblen Folgen seiner Handlung durch seine Handlung verursacht zu sehen, sondern die Welt, Gott oder die Dummheit der Menschen dafür verantwortlich mache. Und kommt zu dem Schluss:

„‚Verantwortlich‘ fühlt sich der Gesinnungsethiker nur dafür, dass die Flamme der reinen Gesinnung (...) nicht erlischt. Sie stets neu anzufachen, ist der Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen. (...) Keine Ethik der Welt kommt um die Tatsache herum, dass die Erreichung ‚guter‘ Zwecke in zahlreichen Fällen daran gebunden ist, dass man sittlich bedenkliche oder mindestens gefährliche Mittel und die Möglichkeit oder auch die Wahrscheinlichkeit übler Nebenerfolge mit in den Kauf nimmt, und keine Ethik der Welt kann ergeben: wann und in welchem Umfang der ethisch gute Zweck die ethisch gefährlichen Mittel und Nebenerfolge ‚heiligt‘.“

In eine ähnliche Richtung zielen die Gedanken des Florentiner Diplomaten, Philosophen und Schriftstellers Niccolò Machiavelli (1469–1527). Er schrieb in seiner berühmten Schrift „Der Fürst“:

“Da es aber meine Absicht ist, für den, der es versteht, etwas Nützliches zu schreiben, so schien es mir wichtiger, die Wahrheit nachzuprüfen, wie sie wirklich ist, als den Hirngespinnsten jener Leute zu folgen. Viele haben sich Republiken und Fürstentümer ausgedacht, die niemals gesehen worden, noch als wirklich bekannt gewesen sind. Denn

die Art, wie man lebt, ist so verschieden von der Art, wie man leben sollte, dass, wer sich nach dieser richtet, statt nach jener, sich eher ins Verderben stürzt, als für seine Erhaltung sorgt; denn ein Mensch, der in allen Dingen nur das Gute tun will, muss unter so vielen, die das Schlechte tun, notwendig zugrunde gehen. Daher muss ein Fürst, der sich behaupten will, imstande sein, schlecht zu handeln, wenn die Notwendigkeit es erfordert"

(Quelle: XV. Kapitel: Wodurch die Menschen, insbesondere die Fürsten, Lob und Tadel erwerben, S. 77-79).

Eine Außenministerin wie ein Elefant im Porzellanladen

Nun geht es hier nicht um die Frage, wie die Regierung sich behauptet. Vielmehr ist der Grundgedanke Machiavellis entscheidend; und dieser ist dem Weber'schen Gedankengang ganz ähnlich: Eine Regierung kann nicht stets moralisch „gut“ oder „gerecht“ handeln, sondern muss die Folgen bedenken. Und wer stets „gut“ handelt, könnte am Ende im allerschlimmsten Übel enden. (Wie gesagt: Für das gedankliche Experiment unterstelle ich, obwohl dies in der Realität natürlich keineswegs ethisch so eindeutig ist, dass Waffenlieferungen an die Ukraine oder gar noch weitergehende militärische Unterstützungen das moralisch „Richtige“, weil „Gerechte“ wäre. Ich selber denke nicht so. Aber viele sehen dies offenbar so.) **Dieses Übel wäre konkret ein Dritter Weltkrieg und/oder ein atomarer Krieg – und die Auslöschung der Menschheit.**

Die Autoren des Artikels in der Berliner Zeitung schrieben deshalb ganz zu Recht, dass es hier um zwei Alternativen zwischen „schlecht“ und ebenfalls „schlecht“ geht. Bei einer Kapitulation könnte Putin sich als Sieger fühlen und gelernt haben: Ich kann alles kriegen und machen, was ich will. Im Falle einer Eskalation könnte die ganze Menschheit ausgelöscht werden. Deshalb ist meine Position: **Jetzt darf man auf keinen Fall gesinnungsethisch handeln, sondern muss mit kühlem Kopf kalkulieren und darf sich nicht an Prinzipien klammern. Denn es geht um existentielle Interessen, wie sie existentieller nicht sein könnten.**

Deshalb müssen wir von unseren Politikern auch erstens erwarten können, dass sie sich **nicht einfach feindseligen Gefühlen** hingeben – wie Annalena Baerbock, die als Außenministerin unseres Landes mit ihrem Satz „Das wird Russland ruinieren“ **ihre Vernichtungsphantasien offenbarte.** Und zweitens, **dass Politiker ein Gefühl dafür haben, was man als Minister in einer solchen Situation öffentlich sagen kann und was nicht.** Sowie drittens, dass Politiker über **eine gewisse Sprachkompetenz verfügen, die sie befähigt, sich sehr nuanciert in Bezug auf einen solchen Konflikt zu äußern.** Leider hat die derzeitige Amtsinhaberin, Annalena Baerbock, nichts davon und wird deshalb noch

öfter den Elefanten im Porzellanladen geben. Allerdings ist sie nicht die Einzige. Teile unserer politischen „Elite“ platzen ja geradezu vor Groß- und Allmachtsphantasien. Und genau das kann uns ins Verderben führen. Auch dazu sagt Machiavelli in seinen „Discorsi“ (ein weiteres Werk von ihm) geradezu Prophetisches:

„Das Volk, getäuscht durch den falschen Schein des Guten, begehrt oft sein Verderben und lässt sich leicht durch große Hoffnungen und übertriebene Versprechungen verführen. (...) Verspricht ein Vorschlag, der dem Volk gemacht wird, scheinbar Gewinn, wenngleich er sich tatsächlich verlustreich auswirkt, und erscheint ein Vorschlag mutig, wenngleich er zum Untergang des Staates führt, so wird es immer leicht sein, die Masse zur Annahme zu überreden. Dagegen wird es immer schwer sein, sie zu solchen Entschlüssen zu überreden, die nach außen feige und verlustbringend erscheinen, obgleich sie in Wirklichkeit Heil und Gewinn bringen“ (Niccolò Machiavelli: Discorsi, Gedanken über Politik und Staatsführung, Erstes Buch, 53. Kapitel).

Zum Schluss noch eine Anmerkung: Der schon verstorbene Berliner Politologe Ekkehart Krippendorff hat in seinem Buch „Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft“ Folgendes geschrieben:

„Die Kriegsursachenforschung (...) selbst steckt noch in ihren Kinderschuhen, ist erst wenige Jahre, allenfalls Jahrzehnte alt (das Buch erschien bereits 1985; UB). Immerhin: einige Antworten kann sie geben und hat sie gegeben – z. B. die, dass Rüstungswettläufe mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit von 82% zu Kriegen führen (...), oder die andere, dass Verteidigungs- und Militärbündnisse statistisch nachweisbar kriegsfördernde Wirkungen haben; auf die Praxis derer, die für die sogenannte Außen- und Sicherheitspolitik zuständig sind, hat das offensichtlich keinen Eindruck gemacht. Können Argumente sie überhaupt erreichen und beeindrucken?“ (Krippendorff, S. 9).

Ich befürchte: nein. Und hoffe, dass ich **nicht** recht habe.

Den anfangs erwähnten Text der Berliner Zeitung können Sie [hier finden](#).



Monika Gruber

26 Min. · 🌐

❤️ 🧡 🟡 🟠 🟡 🟢 🟢 Die Menschen lassen sich nicht spalten....Es sind ZU VIELE die diese PLandemie--> dieses "Tricksen, Lügen und Betrügen" durchschaut haben.... 🧡 🟡 🟢 🟢 🟡 🟠 🟡 🟢



Krieg gegen die Ukraine

Update vom 28.3.2022, 10:45 Uhr

- **Ukraine konnte Angreifer nach eigenen Angaben an einigen Orten zurückdrängen**
- **Vertreter:innen der Ukraine und Russlands wollen diese Woche erneut verhandeln**
- **Ukraine will laut Selenskyj die von Putin geforderte „Neutralität“ des Landes „gründlich“ prüfen**
- **BKA erfasst wöchentlich rund 200 Straftaten mit antirussischem oder anti-ukrainischem Bezug in Deutschland**
- **Kanzler Scholz bestätigt Beratungen über Raketenschutzschild für Deutschland**



Seelja Aril

Zitat von Dr. Markus Krall: "Das ist eine geistige Störung oder Verwirrung, wenn Sie so wollen. Nicht nur deswegen, weil es von den wesentlichen Themen ablenkt, sondern weil es die Menschen dazu bringt, quasi das eigene logische Denken, den eigenen Verstand und die eigene Beobachtung der Lebensrealität zu leugnen.

Es ist eine Sache, wenn jemand unter dieser Störung leidet, das kann ja vorkommen. Es ist aber noch eine ganz andere Sache, wenn man das ganze Volk dazu zwingen will, so zu tun, als würde sie auch unter dieser Störung leiden. Und das hat psychologische Folgen, wenn man Menschen dazu zwingt, entgegen ihrer eigenen empirischen Wahrnehmung Dinge zu behaupten, die einfach falsch sind.

Insofern ist diese ganze Gender-Geschichte weniger harmlos als es den Anschein hat und es ist viel mehr als nur Ablenkung von den wesentlichen Aufgaben, vor denen wir stehen.

Es geht darum, den Menschen die Orientierung so weit zu nehmen, dass sie sich eben mit dieser neuen Bevormundungswelt abfinden. Um sich mit dieser Bevormundungswelt abzufinden, müssen sie ihren Verstand bei der Garderobe abgeben, das geht nicht anders. Und Gender ist ein Aspekt davon." (Quelle: <https://youtu.be/GVqHvW5exeE?t=179>)



Die Eltern von Heute tun mir leid. Sie müssen nicht nur in der Lage sein, die Sache mit den Blumen und den Bienen zu erklären, sondern auch mit Bienen und Bienen; mit Blumen und Blumen; mit Blumen, die früher Bienen waren; mit Bienen, die früher Blumen waren; mit Blumen, die wie Bienen aussehen; mit Bienen, die wie Blumen aussehen, aber trotzdem einen Stachel haben; und dass es nicht nur bunte Blumen sondern auch bunte Bienen gibt und daher wir halt manchmal komisch schreiben müssen wie Blum*innen und Bien*innen.

Netzfund

Seelja Aril

... Der letzte Mensch auf diesem Planeten, der versucht hat, eine Währung mit Gold zu stützen, war Muammar Quaddafi in Libyen.

Die NATO marschierte in Libyen ein und bombardierte das Land, bis das libysche Volk Quaddafi auf der Straße packte, ihn blutig schlug und ihm eine Kugel in den Kopf jagte.

Ich vermute, dass in dieser Stunde, 10:39 PM EDT, Banker auf der ganzen Welt miteinander und mit Staatsoberhäuptern telefonieren, um ihnen mitzuteilen, dass das, was Russland getan hat, sowohl den US-Dollar als auch den EURO völlig zerschlagen wird, und dass diese Banker den Staatsoberhäuptern sagen werden, dass der Dritte Weltkrieg sofort beginnen muss.

Lassen Sie mich erklären, warum.

Heute hat die russische Zentralbank den Rubel an das Gold gekoppelt.

Letzte Woche erklärte Russland, dass es ÖL und GAS nur noch in... Rubel.

Das bedeutet, dass russisches ÖL und GAS an Gold gekoppelt sind, wobei der Rubel als Ersatz für Gold dient.

WIRKUNG: Europa (das russisches Gas und Öl benötigt) muss nun Rubel von Putin mit Gold kaufen oder das Öl und Gas selbst mit Gold bezahlen.

Derzeit liegt der FOREX-Kurs für Rubel zu Dollar bei etwa 100:1

ABER ... da 5.000 Rubel nun einem Gramm Gold entsprechen und der Ölpreis direkt in Gold angegeben wird, wird es zu einer massiven Preisstörung auf den Devisenmärkten kommen, wenn es darum geht, wie viel Gold man mit einem Dollar noch kaufen kann.

Ausländische Länder, die unsere Dollar-Schuldscheine als Reserve halten, werden eine sofortige und weitaus geringere Verwendung für sie sehen und sie zugunsten von etwas Stabilerem abstoßen wollen; etwas, das seinen Wert behält.

Das bedeutet, dass solche Länder - wie Japan - ihre Dollar-Schulden so schnell wie möglich abstoßen werden - sie werden NICHT mit dem Schiff untergehen! Sie werden in stabilere Währungen wie den Rubel wechseln.

Dies wird einen DE-flationären Effekt auf den Rubel haben und ihn mit der Zeit wertvoller machen.

Das bedeutet auch, dass Putin den Rubel jederzeit wieder auf 500 oder 50 oder 10 abwerten kann, wann immer er will. Er wird einfach immer wertvoller für ihn.

Das unmittelbare Ergebnis ist, dass all die ausländischen Länder, die ihre Dollarreserven abwerfen, all diese überschüssigen Dollars nach Hause bringen werden, was eine noch schlimmere Hyperinflation auslösen wird, als wir sie jetzt schon in den USA haben.

Ist es da ein Wunder, dass Biden letzte Woche auf der Bühne stand und einen Regimewechsel in Russland forderte? Er steht kurz davor, dass Massen von wütenden und buchstäblich hungernden Amerikanern hier zu Hause durch die Straßen marschieren und Antworten fordern.

Quelle gesamter Text: [https:// telegra. ph/ Es-ist-offiziell-Die-russische-Zentralbank-kündigt-die-Bindung-des-Rubels-an-Gold-an-5000-Rubel-pro-Gramm-03-28](https://telegra.ph/Es-ist-offiziell-Die-russische-Zentralbank-kündigt-die-Bindung-des-Rubels-an-Gold-an-5000-Rubel-pro-Gramm-03-28)

(Facebook zensiert die Quelle - Einfach Link komplett markieren, kopieren, Leerzeichen rausnehmen und mit Hand in Browser einfügen.)

Alternative Quelle englischsprachig: <https://haltunnerradioshow.com/.../it-s-official-russia...>



Nun ist es offiziell! Die russische Zentralbank gibt Rubel-Bindung an Gold bekannt! 5000 Rubel pro Gramm. Die Zentralbank von Russland hat offiziell bekannt gegeben, dass die Währung des russischen Rubels ab dem 28. März 2022 an Gold gebunden ist. Der Kurs beträgt 5.000 Rubel pro Gramm Goldbarren. Es gibt 28 Gramm in jeder Unze. 28 Gramm mal 5.000 Rubel pro Gramm sind 140.000 Rubel. Russland hat gerade etwa dreißig Prozent (30%) des Wertes des US-Dollars weltweit ausgelöscht, wenn es um Goldbarren geht. Menschen auf der ganzen Welt werden ihr Geld buchstäblich auf den Rubel werfen und dafür Dollars und Euros abwerfen. Was Russland gerade getan hat, ist das finanzielle Äquivalent zur Detonation einer Atombombe.

Quelle: <https://telegra.ph/Es-ist-offiziell-Die-russische-Zentralbank-kündigt-die-Bindung-des-Rubels-an-Gold-an-5000-Rubel-pro-Gramm-03-28>



Alexander Zemlianichenko/AP/dpa

Im Kalten Krieg gab es den Begriff des „nützlichen Idioten“ für Moderate im Westen, die den Argumenten des Kommunismus auf den Leim gingen. Von Deutschlands Veto gegen den Nato-Beitritt der Ukraine und Georgiens über den Gas-Deal im Zuge von Nord Stream 2 bis hin zur Weigerung, Waffen an die Ukraine zu liefern - die deutsche Spitze diente zuletzt als Putins nützliche Idioten. Die sogenannten Russlandverstehler wiesen Kritik an ihrem Kurs zurück, sagten, sie wüssten es besser und lachten ins Gesicht der USA. Jetzt lacht niemand mehr.

„Scholz' Auftritte zeugen von einem zutiefst besorgten Bundeskanzler“

„Mitteldeutsche Zeitung“: Es ist nun eine kriegerische Sprache des Bundeskanzlers, der nicht dazu neigt, seine Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen zu wollen. Aber eben weil er stets sachlich auftritt, haben seine Erklärungen für die deutsche Aufrüstung eine neue Dimension. Sie zeugen auch von einem zutiefst besorgten Bundeskanzler, der selbst davon spricht, dass ihn Putins Geopolitik - sofern man sein Machtstreben noch so nennen kann - „geängstigt“ habe.

„Nichts wäre in der Krise unangenehmer als ein emotionaler Springinsfeld im Kanzleramt“

„Allgemeine Zeitung“ (Mainz): Die Bundesregierung hat im Lichte des Ukraine-Krieges mit Scholz als Kapitän schnell viele Gewissheiten ad acta gelegt. Da sind die neue

Sicherheitspolitik und die Neuordnung des Energiemarktes, dazu die Entlastungen für die Bürger - und das Mittun an der Geschlossenheit des Westens. Scholz und seine Minister haben sich niemals erkennbar von der Unsicherheit anstecken lassen, die aus der Krise erwächst. Nichts wäre in der Krise unangenehmer als ein emotionaler Springinsfeld im Kanzleramt. Hätten andere, die einst ach so gerne Kanzler werden wollten, das auch geschafft?



Wolfgang Borris/NDR/dpaBundeskanzler Olaf Scholz war in der ARD-Sendung "Anne Will" zu Gast.

„Das jahrelange Zögern rächt sich nun bitter“

„Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung“:

Wie gut haben wir damit gelebt, dass alle Welt zu niedrigen Preisen Rohstoffe geliefert haben, wir sie zu hochwertigen, technischen Produkten verarbeitet und sie dann teuer exportiert haben. Dies war, kurz formuliert, die Quelle unseres Wohlstands. (...) Dieser Krieg hat die Notwendigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien deutlicher als alles andere zuvor gemacht. Das jahrelange Zögern rächt sich nun bitter, kann aber als Lehre verstanden werden, jetzt endlich mit aller Kraft voranzukommen. Das alles kostet Geld und wird teurer als das frühere, bequeme Wirtschaften aus den Vollen. Viel schlimmer aber wäre, der Abhängigkeit von außen nicht zu begegnen und damit in permanente Knappheitssituationen zu laufen.

„Unsäglich sind Angriffe auf Russen, russisch sprechende Menschen, gar auf alles irgendwie russisch Scheinende“

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“: Wer einen Angriffskrieg öffentlich in einer hetzerischen Form billigt, der macht sich nach deutschem Recht strafbar. (...) Nun ist Russland weiter ein (...) Mitglied der internationalen Gemeinschaft, und das Volk ist nicht mit seiner Führung gleichzusetzen. Doch wer das Kriegssymbol „Z“ demonstrativ und im Zusammenhang zum Krieg nutzt, also ein von Putins Invasionstruppen als Kürzel „für den Sieg“ weithin geführtes Symbol, der befürwortet offenbar den Horror dieses Krieges und verhöhnt dessen Opfer. Wer sich so gegen unsere Grundordnung stellt, der gerät zu Recht in das Visier des Rechtsstaates. (...) Umso wichtiger ist es, dass auch die zwischenmenschlichen Auseinandersetzungen zivilisiert ablaufen. Unsäglich sind Angriffe auf Russen, russisch sprechende Menschen, gar auf alles irgendwie russisch Scheinende.

Scholz antwortet barsch auf Will-Nachfrage: „Die sehen das alle falsch“



FOCUS Online/WochitScholz antwortet barsch auf Will-Nachfrage: „Die sehen das alle falsch“

Markus Gelau

während hierzulande das "Z" als zeichen - pardon, als eichen - "FASCHISTISCHER RUSSISCHER KRIEGSSYMBOLIK" verboten wird, werden die herausforderungen in deutschen redaktionen halt auch nicht weniger.





<https://de.rt.com/europa/134791-russland-untersucht-angebliche-folterungen-von-russischen-soldaten/>

Folterungen von Kriegsgefangenen durch ukrainische Soldaten? Russland leitet Untersuchung ein

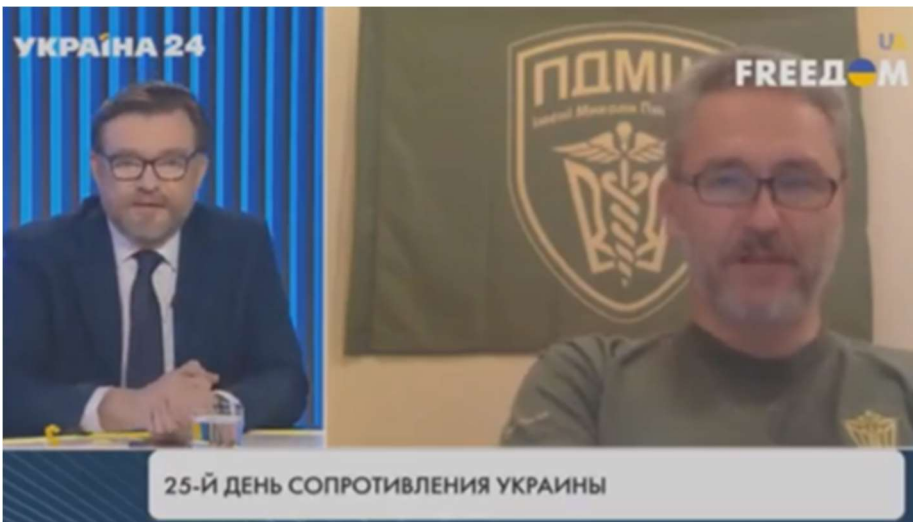
28 Mär. 2022 07:12 Uhr

Im Internet sind Videos aufgetaucht, in denen, wie es scheint, mutmaßlich ukrainische Soldaten russische Kriegsgefangene quälen und töten. Russische Behörden haben diesbezüglich eine Untersuchung eingeleitet.



Russland hat eine Untersuchung eingeleitet, nachdem im Internet ein Video aufgetaucht ist, das angeblich die Folterung von russischen Kriegsgefangenen durch ukrainische Soldaten zeigt. Das Untersuchungskomitee des Landes teilte am Sonntag in einer Erklärung mit:

"Das Video, das im Internet kursiert, zeigt, wie gefangenen Soldaten in die Beine geschossen wird, anstatt ihnen medizinische Hilfe zu leisten."



"Kakerlaken": Ukrainischer Sanitätschef will Kastration russischer Gefangener

Der Leiter des Gremiums Alexander Bastrykin hat die Ermittler angewiesen, "alle Umstände des Vorfalls zu ermitteln, Beweise zu sammeln und aufzuzeichnen und alle daran beteiligten Personen zu identifizieren, um sie anschließend vor Gericht zu stellen". Während nicht sofort klar war, wo oder wann die beunruhigenden Videos gedreht wurden, deuten einige Berichte darauf hin, dass sich der Vorfall **auf einem Militärgelände**

in der ostukrainischen Region Charkow abspielte, das von rechtsradikalen Einheiten genutzt wird.

Mehrere verstörende Clips, die offenbar in derselben unbekanntem Einrichtung gedreht wurden, tauchten am Wochenende im Internet auf. Das Filmmaterial zeigt mehrere Personen, offenbar russische Kriegsgefangene, die auf dem Boden liegen. Alle Soldaten scheinen schwer geschlagen worden zu sein und haben Wunden an den Beinen.

Die verletzten Soldaten werden von bewaffneten Männern verhört, von denen viele blaue Armbinden tragen, die üblicherweise von ukrainischen Einheiten verwendet werden. Einige der Verwundeten starben offenbar während des Verhörs. Auf dem Filmmaterial ist auch zu sehen, wie drei weitere Gefangene aus einem Lieferwagen geholt werden und ihnen aus nächster Nähe in die Beine geschossen wird.



[Video soll Misshandlung russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Truppen zeigen \(verstörend!\)](#)

Die in den Videos gezeigte extreme Grausamkeit hat selbst bei pro-ukrainischen Persönlichkeiten Verurteilungen hervorgerufen. So bezeichnete Eliot Higgins, der Gründer des von der US-Regierung finanzierten "investigativen Journalismus"-Outlets Bellingcat, den Vorfall als "sehr ernst" und forderte eine "weitere Untersuchung" der verstörenden Bilder.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands

in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.

Mehr zum Thema - [Ukraine: TV-Moderator zitiert Eichmann und ruft auf, russische Kinder zu töten](#)

Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten.

Pentagon Biolaboratories - Investigative Documentary

Siehe hier: <https://www.youtube.com/watch?v=8hQi2Zv1L0>



Auftragnehmer des Pentagon arbeiteten in ukrainischen Biolaboren im Rahmen des 80-Millionen-Dollar-Programms

Durch **Dilyana Gaytandzhieva** - 16. März 2022

16869



Neue Zeit

Im Kriminalfall rund um die "ÖVP-Inseratenaffäre" **belasten neue Chats Ex-Kanzler Sebastian Kurz**. Der hatte stets behauptet, alle angeblichen strafbaren Handlungen seien - wenn - ohne sein Wissen geschehen. Doch in einem neu aufgetauchten Chat schreibt Sophie Karmasin ihrer ehemaligen Mitarbeiterin Sabine B., ihr Vorgehen sei "mit Sebastian besprochen". Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.



<https://neuezeit.at/karmasin-kurz/>

„So mit Sebastian besprochen“: Neue Chats belasten Ex-Kanzler Kurz in der ÖVP-Inseratenaffäre

Am 9. Oktober 2018 wurden Ehrenzeichen an ehemalige Regierungsmitglieder überreicht. Im Bild Bundesministerin a.D. Sophie Karmasin (2.v.r.) und Bundesminister a.D. Harald Mahrer (2.v.l.) mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.).

von **NZ** **NeueZeit Redaktion** 28. März 2022, 16:57

Im Kriminalfall rund um die „ÖVP-Inseratenaffäre“ belasten neue Chats Ex-Kanzler Sebastian Kurz. Der hatte stets behauptet, alle angeblichen strafbaren Handlungen seien – wenn – ohne sein Wissen geschehen. Doch in einem neu aufgetauchten Chat schreibt Sophie Karmasin ihrer ehemaligen Mitarbeiterin Sabine B., ihr Vorgehen sei „mit Sebastian besprochen“. Dabei ging es um Umfragen, die vom Finanzministerium bezahlt, aber eigentlich für die ÖVP gemacht und manipuliert wurden. So zumindest der Vorwurf der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Neue Chats liefern Indizien gegen Ex-Kanzler Sebastian Kurz in der Inseratenaffäre. Ex-ÖVP-Ministerin Sophie Karmasin weist darin ihre ehemalige Mitarbeiterin B. an, Umfrageergebnisse an ÖVP-Medienberater Gerald Fleischmann zu schicken. Das sei „so mit Sebastian besprochen“.

Inseratenaffäre: Kurz will von nichts gewusst haben

Sebastian Kurz behauptet standhaft, nichts von den Umfragemanipulationen in seinem Sinne gewusst zu haben. Geschweige denn davon, wie sie über das Finanzministerium bezahlt worden, oder dann in die Tageszeitung Österreich gekommen sein sollen. Sein Pressesprecher Johannes Frischmann, sein Medienberater Gerald Fleischmann, „Familienmitglied“ Thomas Schmid, Familienministerin Sophie Karmasin und andere hätten also mutmaßlich in Kurz' Sinn gearbeitet, ohne ihn darüber zu informieren.

Das war schon bisher eine Version der Geschichte, die nicht jede und jeder glauben wollte. Doch nun ist erneut ein Chat aufgetaucht, der sie noch unglaubwürdiger macht.

Darin weist die damalige ÖVP-Ministerin Sophie Karmasin ihre Vertraute Sabine B. an, Details einer mutmaßlich manipulierten Umfrage an ÖVP-Medienzampano Gerald Fleischmann zu schicken. Das sei „so mit Sebastian abgesprochen“. Für alle Beteiligten gilt natürlich die Unschuldsvermutung.

Sagt Karmasin aus, könnte es für Kurz eng werden

Bisher verweigert Karmasin die Aussage dazu. Dabei könnte sie vermutlich viel über die Umfragen und mögliche Deals mit der Tageszeitung Österreich erzählen. Nach Meinung der Staatsanwaltschaft war sie eine Schlüsselfigur.

Für Sebastian Kurz könnte das noch zum Problem werden, denn die Vorwürfe gegen Karmasin haben sich gewaschen. Gegen sie ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Untreue, Bestechlichkeit, Geldwäscherei, Preisabsprachen und jetzt auch noch schweren Betrugs. Für die ehemalige ÖVP-Ministerin geht es also um einige Jahre Haft. Das könnte sie durchaus zu einer umfassenden Aussage motivieren.

Ex-ÖVP-Ministerin mit “mutmaßlich hoher krimineller Energie”

Fast einen Monat lang saß Karmasin in Untersuchungshaft. Denn aus Sicht des Untersuchungsrichters sei sie nicht nur “der Versuchung einer einmaligen Gelegenheit erlegen”, sondern habe aktiv laufend “Tatmodalitäten entworfen”, um sich “unrechtmäßig zu bereichern”. Der Richter spricht von “mutmaßlich hoher krimineller Energie”. All das erhöht den Druck auf Karmasin zusätzlich. Ein umfassendes Geständnis wäre strafmildernd.



**Ich habe die Lizenz zum Morden!
Viele Tausende † jedes Jahr!**



Julian Reichelt ✓

@jreichelt

Karltext beweist: Corona kann in absoluten Einzelfällen schwerste psychische Störungen bis hin zum totalen Realitätsverlust anrichten und einen gleichzeitig zum Minister machen.

 **BMG** ✓ @BMG_Bund · 1 T

Jetzt in der ersten Folge von #KarlText: @Karl_Lauterbach redet #Klartext und erklärt, warum es wichtig ist, die Impflücke bis zum Herbst zu schließen.





Bild: Zhen Wang/The Epoch Times

Pfizer hat mir 1 Million Schweigegeld angeboten und ich habe abgelehnt

📍 uncut-news.ch | 📅 März 24, 2022 | 🔖 Aktuelle Top Ten, Big-Pharma

Investigativer Journalismus mit [Roman Lasota Resurrected](#) und [Roman Lasota Unbeatable](#).

Die Impfstoffhersteller versuchen, Wissenschaftler und Ärzte, die sich kritisch zu den Corona-Impfstoffen äußern, einzuschüchtern und „auszuschalten“. Wenn das nicht klappt, versuchen sie, diese Leute zu bestechen.

Der Epidemiologe Paul Alexander ([https://web.archive.org/.../en.../wiki/Paul E. Alexander](https://web.archive.org/.../en.../wiki/Paul_E._Alexander)), der den mRNA-Impfstoffen sehr kritisch gegenübersteht, schreibt in einem Beitrag auf Substack (<https://palexander.substack.com/.../pfizer-offered-me-1...>), dass Pfizer ihm eine Million Dollar und ein Gehalt von 50.000 Dollar im Monat angeboten hat, damit er seinen Mund über Pfizer und seinen Direktor Albert Bourla hält.

Pfizer wusste, dass 1223 Menschen nach der Impfung gestorben waren, dass es 1290 verschiedene Nebenwirkungen gab, dass die Impfung zu Varianten führen würde, und sie wollten diese Informationen 55 oder 75 Jahre lang unter Verschluss halten, sagte Alexander, der im US-Gesundheitsministerium unter Präsident Trump arbeitete und auch die WHO beriet (https://web.archive.org/.../en.../wiki/Paul_E._Alexander)

Er schreibt, dass er bereits mehr als genug verloren hat und dass es für ihn kein Zurück mehr gibt. **Wenn bewiesen wird, dass die Handlungen von Bourla, Moderna-Chef Bancel und Leuten wie Anthony Fauci Menschenleben gekostet haben und dass Menschen und Kinder infolgedessen gestorben sind, sollten sie ins Gefängnis gehen,** betont Dr. Alexander.

Er weist darauf hin, dass die meisten Wissenschaftler, Universitäten, Ärzte, Gesundheitsbeamten, Technokraten, Regierungen und Arbeitsgruppen sich bestechen ließen. Ihre Gehälter waren wichtiger und sie hielten den Mund. Alexander ist einer der wenigen, die kein Schweigegeld angenommen haben und sich weiterhin zu Wort melden.

Er unterstützt die kanadischen und amerikanischen Trucker in ihrem Kampf gegen die Impfpflicht und wird auch weiterhin kämpfen, sagt er. **Er nennt die Impfstoffe von Pfizer und Moderna u. a. „kriminell“.**

Zuvor hatte Alexander gesagt, **dass es noch nie eine COVID-Pandemie gegeben habe. „Die Medien haben gelogen und sind mitschuldig“,** sagte er.

<https://uncutnews.ch/pfizer-hat-mir-1-million.../>

Anmerkung:

Es gibt sie eben doch noch, die nicht käuflichen Menschen, denen Wahrheit und Ehrlichkeit wichtiger ist, wie Geld.

Disclaimer:

Dies ist eine Weitergabe von öffentlich zugänglichen Informationen die einen schweren Verlauf schlimmer Korruption vermeiden können. Somit werden keine Community Standards damit verletzt, sondern im Gegenteil ein Dienst an der Community geleistet. Wer dies meldet oder zensiert, vergeht sich an der Community und wird die Konsequenzen tragen.

Martin Schwab

Die Corona-Impfpflicht auf dem juristischen Prüfstand

Am 1.4.2022 um 10.00 Uhr findet beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die mündliche Verhandlung in einem Verfahren statt, das erhebliche Beachtung verdient. Zwei hochrangige Luftwaffen-Offiziere der Bundeswehr haben Wehrbeschwerde gegen die Aufnahme der COVID-Impfungen in das Basis-Impfschema der Bundeswehr eingelegt – was im praktischen Ergebnis soviel heißt wie: Die beiden Offiziere befürchten, dass sie sich gegen ihren Willen gegen Corona impfen lassen müssen, und wollen dies daher mit juristischen Mitteln verhindern. Näheres kann der Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts entnommen werden: <https://www.bverwg.de/de/1WB2.22>.

Es ist völlig unmöglich, dass ein einzelner Jurist diese beiden Beschwerden allein vertreten kann. Dafür ist die Materie viel zu umfangreich und viel zu komplex. Daher treten wir als Team auf: Rechtsanwältin Beate Bahner, Rechtsanwältin Dr. Brigitte Röhrig, Rechtsanwalt Wilfried Schmitz, Rechtsanwalt Göran Thoms und ich, Prof. Dr. Martin Schwab. Ich selbst bin ja bekanntlich kein Anwalt, sondern beamteter Hochschullehrer. Ich bin aber nach § 67 Abs. 2 S. 1 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) befugt, vor den Verwaltungsgerichten aufzutreten. Ich mache sowas allerdings nur im absoluten Ausnahmefall; ich muss mich ja in erster Linie um meinen Job an der Uni kümmern. Aber wenn das hier kein solcher Ausnahmefall ist – was dann?

Unsere Hoffnung ist, dass wir in diesem Wehrbeschwerdeverfahren eine gerichtliche Beweisaufnahme um Sicherheit und Wirksamkeit der COVID-Impfstoffe anstoßen können.

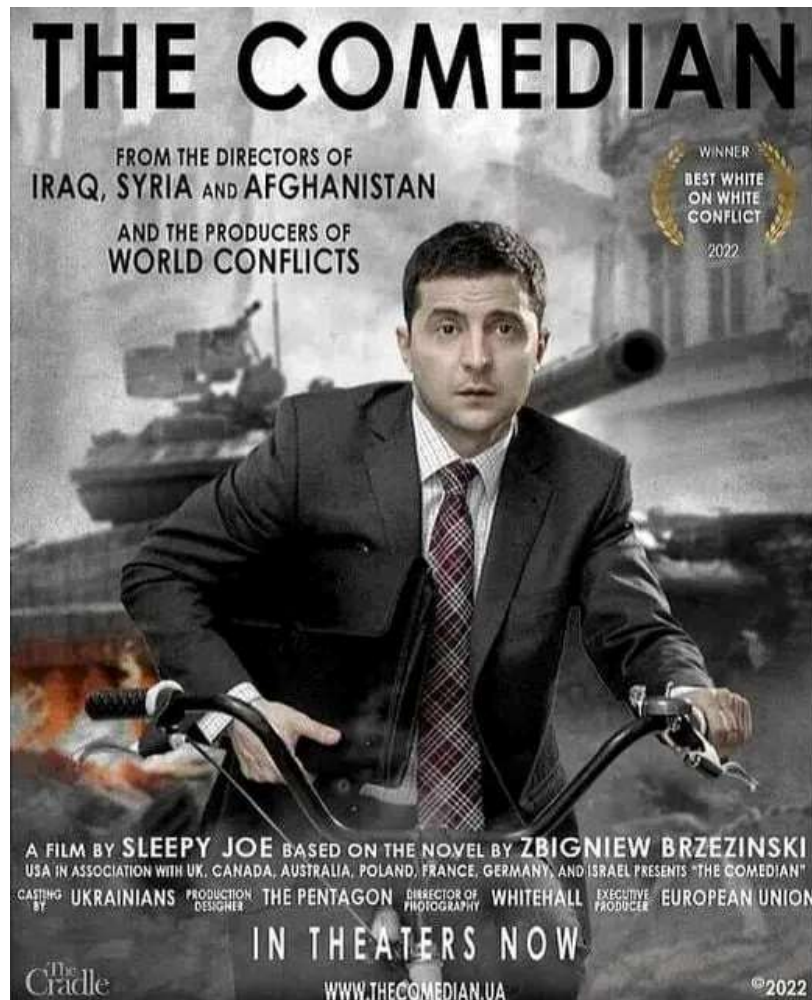
Versprechen kann ich natürlich nichts! Aber wir werden alles geben, um akkurat vorzutragen und zielführende Beweisanträge zu stellen.

Eines möchte ich gleich klarstellen: Ich nehme für meine Tätigkeit kein Geld! Ich habe, wenn es um die Gegenwehr gegen das Unrecht der Corona-Maßnahmen ging, immer unentgeltlich geholfen, und das bleibt auch dieses Mal so. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Anwaltschaft werden ihrerseits ihre Gebühren abrechnen, und das muss auch so sein – sie leben ja davon.

Herzliche Grüße

Prof. Dr. Martin Schwab

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at



Nach geschmacklosem Witz

Im Video: Will Smith ohrfeigt Chris Rock auf offener Oscar-Bühne

28.03.2022, 05:32 Uhr | sow, t-online

Hier findet man den Videobeitrag dazu: https://www.t-online.de/unterhaltung/oscars/id_91911790/oscars-2022-will-smith-ohrfeigt-chris-rock-auf-offener-buehne.html



Ich erinnere an die Beantwortung nach dem Auskunftsgesetz und wünsche noch allen die sich nicht am Drohnenmordprogramm oder Impfwang beteiligen eine schöne Zeit und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Klaus Schreiner

"Das ist der springende Punkt: In den entscheidenden ersten Tagen nach der Infektion passiert medizinisch normalerweise nichts, gar nichts.

Wir tun nichts, um schwere Verläufe zu verhindern, sondern warten achselzuckend ab, bis die schwer Erkrankten in die Krankenhäuser kommen. Für mich als Arzt, der seit dem Medizinstudium trainiert ist, kranken Menschen **sofort zu helfen, ist das ein unhaltbarer Zustand. Und es ist politisch ein Irrsinn, nichts dagegen zu unternehmen, dass unsere Krankenhäuser von schwer Erkrankten mehr und mehr überrannt werden."**



Univ. Doz. Dr. Hannes Strasser

Prävention & FRÜHBEHANDLUNGEN sind GAME-CHANGER!





IMPFZWANG!!! NEIN!



**KEINE mRNA-Gen-
therapieversuche!**